Ludwig Richter

SPD, DVP und die Problematik der Großen Koalition

I.

„Die Staatskunst in einem zersplitterten Volke kann überhaupt nichts anderes sein als Kompromißpolitik, als die Zusammenfassung aller Kräfte, die jeweils in der Lage sind, die Dinge vorwärts zu treiben [...] Im Schützengraben der Verantwortlichkeit hat man mehr Verluste als in der Etappe der Opposition“¹. Als Gustav Stresemann im Februar 1924 diese bittere Analyse der gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands formulierte, war sein Versuch, als Kanzler einer „Großen Koalition“ aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP, die für das Reich höchst bedrohliche innere und äußere politische Lage durch einen „Zusammenschluß aller den verfassungsmäßigen Staatsgedanken bejahenden Kräfte“ zu meistern, am andauernden und intriganten Widerstand des rechten Flügels der Volkspartei und an der starren und unflexiblen Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung gescheitert². Das Ausscheiden aus dieser ersten Großen Koalition auf Reichsebene, von Reichspräsident Friedrich Ebert mit den schon häufig zitierten ärgerlichen Worten: „Was Euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen Eurer Dummheit werdet Ihr noch zehn Jahre lang spüren“³ kommentiert, bedeutete für die Sozialdemokratie eine Trennung von der Macht auf lange Zeit: Erst im Juni 1928 übernahmen Sozialdemokraten wieder Ministerposten im Reich. Die Krise, die auf den Bruch der Großen Koalition folgte, war weit mehr als eine bloße Regierungskrise. Der Sturz Stresemanns – des ersten Reichskanzlers in der Weimarer Republik, der aufgrund eines Mißtrauens-

¹ Rede Stresemanns vor dem Dresdener Reichsverein der Deutschen Volkspartei am 22. 2. 1924; Text: Henry Bernhard (Hrsg.), Gustav Stresemann. Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1932, S. 320f.

² So Stresemann am 14. 8. 1923 vor dem Reichstag, Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte (VRT), Bd. 361, S. 1.1839f.; Zur Bildung des Kabinetts Stresemann am 13. 8. 1923 siehe detailliert Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik (AdR). Die Kabinette Stresemann I/II, bearbeitet von Karl-Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978, S. XXIff.; zur Haltung der DVP siehe bes. Roland Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925, Lübeck u. a. 1961, S. 34ff.; Henry A. Turner, Gustav Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin u. a. 1968, S. 110ff.; Larry E. Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933, Chapel Hill u. a. 1988, S. 197ff. (mit zahlreicher weiterer Lit.). Zur Haltung der Sozialdemokratie siehe bes. Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970, S. 113ff.; Günter Arns, Regierungsbildung und Koalitions politik in der Weimarer Republik 1919–1924, Diss. phil. Tübingen 1971, S. 158ff.; Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Berlin/Bonn 1985, S. 602ff. (mit zahlreicher weiterer Lit.). Zur äußerst angespannten innen- und außenpolitischen Situation im Spätsommer und Herbst 1923 siehe Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 2000, S. 49ff.

³ Bernhard, Vermächtnis, S. 245.

votums des Parlaments zurücktreten mußte⁴ – erwies sich als das Werk einer Mehrheit, die sich aus völlig heterogenen Elementen zusammensetzte. Einig war sich diese Mehrheit allein in der Ablehnung des alten Kabinetts, nicht jedoch im positiven Willen zur Einsetzung einer neuen Regierung⁵. Hier zeigte sich der Scheitelpunkt einer Strukturkrise des Parlamentarismus, die in den Jahren seit 1920 wiederholt hervorgetreten war. Parlamentarische Mehrheiten, wie sie nach den Vorstellungen der Weimarer Nationalversammlung die Grundlage einer handlungsfähigen Regierung hätten bilden sollen, waren bis 1923 mehrfach nicht zustande gekommen; ähnliches gilt für die Jahre bis 1930. Die als Aushilfsmittel genutzte Einrichtung des auf wechselnden Mehrheiten oder auf ständige Tolerierung durch eine der Oppositionsparteien angewiesenen Minderheitskabinetts widersprach auf Dauer jedoch dem Grundgedanken des parlamentarischen Systems. Die Funktionsfähigkeit der Regierung – und letztlich die des Staates – hängt in entscheidendem Maße davon ab, daß die Parteien auf dem Wege mehrheitsfähiger interfraktioneller Einigungen der Regierung zu einer stabilen Basis verhelfen. Die Koalitionsfähigkeit und -bereitschaft der Parteien war so eine der grundlegenden Prämissen nicht nur für die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems, sondern für den Bestand des Verfassungssystems überhaupt.

Zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheitskoalition existierten in Weimar-Deutschland seit dem Juni 1920 regelmäßig nur zwei Möglichkeiten. Zum einen die sogenannte „Große Koalition“ aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP, wie sie von August bis Dezember 1923 unter Stresemann und von Juni 1928 bis März 1930 unter Hermann Müller (SPD) bestand, sowie ihr Gegenpol, der DDP, Zentrum, BVP, DVP und DNVP umfassende „Bürgerblock“, der von Januar bis Dezember 1925 (unter dem parteilosen, aber der DVP nahestehenden Hans Luther) und von Januar 1927 bis Juni 1928 unter Wilhelm Marx (Zentrum) regierte. Verfügte die Große Koalition außenpolitisch über eine stabile Mehrheit, so erwies sie sich innenpolitisch als nicht tragfähig. Sowohl im Dezember 1923 wie im März 1930 führten die scheinbar unüberbrückbaren gesellschaftspolitischen Gegensätze der beiden Flügelparteien ihren Bruch herbei: Trotz der breiten parlamentarischen Mehrheit, über die beide Regierungen verfügten, schien zwischen SPD und DVP die Bereitschaft zum konstruktiven Kompromiß, der besonders die sozial- und wirtschaftspolitischen Gegensätze einer Entscheidung auf einer mittleren Linie zugeführt hätte, nicht besonders ausgeprägt zu sein. Letztlich verursacht wurde

⁴ Das zweite Kabinett Stresemann (nach dem Austritt der SPD am 3. 11. 1923 nur noch ein Rumpfkabinett der bürgerlichen Mitte) trat am 23. 11. 1923 aufgrund der einem Mißtrauensvotum gleichkommenden Ablehnung eines Vertrauensantrages der Regierungsparteien (mit 231 gegen 156 Stimmen bei 7 Enthaltungen) zurück. Gegen die Regierung stimmten die Deutschvölkische Freipartei, die DNVP, die BVP, die SPD und die KPD, für die Regierung das Zentrum, die DVP und die DDP; die Enthaltungen stammten vom Bayerischen Bauernbund, siehe VRT, Bd. 361, S. 12290ff.

⁵ Das Phänomen der „negativen Mehrheit“ war in Deutschland nicht neu, siehe dazu bes. Bismarcks zwischen 1881 und 1884 oft geäußerte Kritik an den „negativen Majoritäten“, die „nur in der Negation einig sind“, VRT, Bd. 79, S. 25f. (26. 11. 1884). Zur Auseinandersetzung über die Auslegung des § 54 der Weimarer Reichsverfassung siehe bes. Walter Jellinek, *Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder*, Berlin 1927, S. 87ff. und Richard Thoma, *Die rechtliche Ordnung des parlamentarischen Regierungssystems*, in: Gerhard Anschütz/Richard Thoma (Hrsg.), *Handbuch des Deutschen Staatsrechts*, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 510ff.

diese mangelnde Fähigkeit zum innenpolitischen Koalitionskompromiß durch die Tatsache, daß jede Große Koalition vom ersten Tag ihres Bestehens an sowohl auf dem linken Flügel der SPD als auch auf dem rechten Flügel der DVP mit erheblichem Mißtrauen, wenn nicht mit offener Feindseligkeit betrachtet wurde. Mit zunehmender Dauer der Koalition verstand es die innerparteiliche Opposition, den Grundkonsens der Koalition – den Willen und die Fähigkeit zum Ausgleich – zu unterminieren. Der Druck dieser Flügel (letztlich ein Anzeichen für eine unzureichende Integrationsfähigkeit beider Parteien) war das schlechthin zentrale strukturelle Problem jeder Großen Koalition: Er entwertete ihre zahlenmäßig beachtliche Mehrheit⁶ und verhinderte einen Übergang von der prekären Stabilisierung zur Stabilität mit der direkten Folge, daß ein mehr als nur zeitweiliger Konsens über die wesentlichen Ziele der Koalition nicht erreicht werden konnte. Für die Parlamentspraxis der Weimarer Republik hieß dies aber auch, daß die innerparteiliche Opposition die Koalitionsfähigkeit der für eine Regierungsbildung unentbehrlichen Parteien zerstörte und damit die Regierbarkeit des auf eine mehrheitsfähige interfraktionelle Einigung der parlamentarischen Gruppen angewiesenen Parteienstaates beträchtlich erschwerte.

Ausgehend von diesen Vorüberlegungen soll nun im folgenden die Koalitionsbereitschaft und -fähigkeit von SPD und DVP, den beiden Flügelparteien der Großen Koalition, an einigen ausgewählten Beispielen untersucht werden. Im Mittelpunkt der Darstellung steht jedoch nicht die bereits an anderer Stelle ausführlich geschilderte Formierung der beiden Großen Koalitionen im August 1923 und Juni 1928⁷. Vielmehr werden die *nicht* verwirklichten Koalitionen vor allem unter dem Aspekt in den Blick genommen, daß die genaue Analyse der nur Möglichkeit gebliebenen, aber nicht Realität gewordenen Zusammenarbeit von SPD und DVP Aufschlüsse nicht nur über das Entscheidungsgefüge innerhalb beider Parteien, sondern auch über die Rolle und das tatsächliche Gewicht der jeweils opponierenden Parteiflügel geben kann. Gleichzeitig eröffnet diese Betrachtungsweise die Möglichkeit, das Agieren von parteiinternen Führungsgremien in einer zentralen Entscheidungssituation, wie sie Vorgespräche über eine mögliche Koalition darstellen, zu verfolgen.

⁶ Bezeichnend ist hier, daß bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum (Wortlaut: VRT, Bd. 361, S. 11843) für das Kabinett Stresemann am 14. 8. 1923 im Reichstag 22 Mitglieder der DVP- und 43 Mitglieder der SPD-Fraktion nicht teilnahmen, siehe ebd., S. 1.1871 ff. Das Kabinett Müller II mußte sich am 5. 7. 1928 sogar mit einem „Billigungsvotum“ (Wortlaut: VRT, Bd. 430, Nr. 159) begnügen, siehe ebd., Bd. 423, S. 114 ff. Sieben Sozialdemokraten des linken Flügels beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

⁷ Zur Bildung der Großen Koalition im Sommer 1928 siehe neben den in Anm. 2 genannten Arbeiten jetzt bes. die detaillierte Schilderung bei Eberhard Kolb, Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition“ 1928/29, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 202–219.

II.

Seit die Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum in den Wahlen vom Juni 1920 ihre Mehrheit verloren hatte⁸, stellte sich die für das zukünftige Schicksal der Republik entscheidende Frage, ob es gelingen würde, im Reichstag zu einer neuen Mehrheitsbildung durch eine weitgespannte Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei zu gelangen. Nach ihrem beachtlichen Wahlsieg vom Juni – der die Mandatszahl der Partei nahezu verdreifachte – stellte die mögliche Option einer Großen Koalition die Deutsche Volkspartei erstmals vor die „Gretchenfrage des deutschen Liberalismus“⁹. Stresemanns Hauptziel für die Koalitionsverhandlungen war, die DVP in die Regierungsverantwortung zu führen und ein Wiederaufleben der Weimarer Koalition zu verhindern¹⁰. Zwar war er einer Großen Koalition grundsätzlich nicht abgeneigt, doch schien diese nach den halboffiziellen Äußerungen der SPD unmittelbar nach der Wahl, in der die Zusammenarbeit mit einer Partei, die auf „offener monarchistischer und antidemokratischer Grundlage“¹¹ stehe, strikt abgelehnt wurde, äußerst unwahrscheinlich. Trotzdem war sich Stresemann klar darüber, daß der SPD bei der Regierungsbildung eine Schlüsselstellung zukommen werde – bereits im Wahlkampf hatte er die DVP als Partei der bürgerlichen Mitte zu profilieren versucht, offen für eine Zusammenarbeit sowohl mit der Rechten als auch mit der Linken¹². Nachdem die Versuche des bisherigen Kanzlers Hermann Müller (SPD), die Weimarer Koalition durch Einbeziehung der USPD zu erweitern, an deren unnachgiebiger Weigerung, mit Nichtsozialisten in einer Regierung zusammenzuarbeiten, gescheitert waren, wurde am 13. Juni 1920 der Fraktionsvorsitzende der DVP-Reichstagsfraktion, Rudolf Heinze, mit der Regierungsbildung beauftragt. Heinze, der (ganz zu Unrecht) als ein Mann des Ausgleichs und der politischen Mäßigung galt¹³,

⁸ Zum Wahlergebnis siehe die Tabelle bei Kolb, *Weimarer Republik*, S. 284. Eine ausführliche Analyse des Ergebnisses bei Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 350ff. und Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920*, Düsseldorf 1962, S. 224ff.

⁹ So Sigmund Neumann, *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932, S. 50.

¹⁰ So führte er am Vormittag des 16. 6. 1920 auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP aus, es bestehe durchaus die Gefahr, „daß das Zentrum nach links steuere und die alte Koalition wieder aufzurichten bestrebt sei“, Eberhard Kolb/Ludwig Richter (Bearb.), *Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933*, Düsseldorf 1999, Dok. Nr. 27. Tatsächlich gab es im Zentrum eine starke Strömung für die Weimarer Koalition, siehe die Fraktionssitzungen vom 15. und 16. 6. 1920, Rudolf Morsey/Karsten Ruppert (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumsparlei 1920–1925*, Mainz 1981, Dok. Nr. 1, 2 sowie Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumsparlei*, Düsseldorf 1966, S. 329ff.

¹¹ Vorwärts, „Rücktritt und Neubildung“, vom 8. 6. 1920, Nr. 289.

¹² Siehe dazu bes. das Schreiben von Stresemanns Privatsekretär Rauch an Schirmacher-Oncken vom 19. 4. 1920, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA) Nachlaß (NL) Stresemann 213. Auf Stresemanns ausdrücklichen Wunsch wurde im Wahlkampf die Frage der Monarchie vollständig übergangen, siehe das Schreiben von Rauch an Curtius vom 16. 4. 1920, ebd..

¹³ Diese Überzeugung beruhte wohl vor allem auf Heinzes Rolle während des Kapp-Putsches, siehe dazu Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*, Düsseldorf 1967, S. 108ff. Tatsächlich war Heinze nicht nur einer der intrigantesten Gegner Stresemanns in der Fraktion, sondern plädierte auch für ein sehr enges Zusammengehen (zeitweilig sogar für eine Verschmelzung) von DVP und DNVP. Heinze informierte weder die Reichstagsfraktion noch den Geschäftsführenden Ausschuß über den an ihn ergangenen Auftrag zur Regierungsbildung und nahm zur Unterredung vom

verhandelte am Abend desselben Tages mit Hermann Müller und Paul Löbe. In Übereinstimmung mit der von Stresemann festgelegten politischen Linie bot er der SPD die Bildung einer Großen Koalition an; dies wurde von den Sozialdemokraten umgehend abgelehnt. Müller und Löbe beriefen sich auf einen einstimmigen Beschluß, der am Vormittag auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion der SPD gefaßt worden war und der ein Zusammengehen mit der DVP grundsätzlich ablehnte¹⁴. Obwohl nach der Argumentation Hermann Müllers in der Hauptsache außenpolitische Gründe gegen eine Koalition mit der Volkspartei sprachen, waren doch auch – wie Löbe gegenüber Heinze und v. Kardorff erklärte – unüberbrückbare Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik maßgebend¹⁵. Angesichts dieser Lage gab Heinze den Auftrag zur Bildung des Kabinetts umgehend zurück. Nach einer Woche weiterer Verhandlungen konnte schließlich eine Lösung gefunden werden. Der Zentrums- politiker Konstantin Fehrenbach bildete eine von DDP, Zentrum und DVP getragene und von der SPD tolerierte Minderheitsregierung¹⁶.

Vordergründig scheiterte die Große Koalition im Sommer 1920 an der Weigerung der SPD, mit der DVP in einem Kabinett zusammenzuarbeiten. Zwar konnte die Partei dafür keinerlei sachliche Gründe anführen – denn zu Verhandlungen über ein etwaiges Kompromißprogramm kam es nicht –, doch wäre selbst in diesem Fall angesichts der politischen Lage eine Große Koalition wohl keine gangbare Alternative gewesen. Die SPD setzte darauf, daß die bürgerlichen Parteien sich in der Regierungsverantwortung bei den bevorstehenden schwierigen Verhandlungen mit der Entente über die Durchführung des Friedensvertrages rasch verschleißen würden, zudem suchte sie – fast um jeden Preis – die Chance, sich in der Opposition zu regenerieren und gegenüber der USPD verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Darüber hinaus wirkte auch die unklare Haltung der DVP beim Kapp-Putsch, wo die Parteiführung den Putschisten näher gestanden hatte als der Regierung Bauer¹⁷, noch stark nach – zweifellos wäre eine solche Koalition von der breiten Mehrheit der sozialdemokratischen Parteibasis „schlicht als Verrat empfunden“¹⁸ worden. Zwar gab es auch auf Seiten der Volkspartei beträchtliche Vorbehalte gegen eine Große Koalition – die die Stellung der Partei in der Regierung unzweifelhaft geschwächt und die Konkurrenz der Deutschnatio-

13. 6. 1920 den erst kürzlich von der DNVP zur DVP übergetretenen Siegfried von Kardorff (offiziell als „Zeugen“) mit, was ihm herbe Kritik eintrug, siehe die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. 6. 1920, Kolb/Richter (Bearb.), Führungsgremien, Dok. Nr. 27.

¹⁴ Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921, Nachdruck Berlin u.a. 1980, Bd. 2, S. 943 ff. Hermann Müller zog hier eine bemerkenswerte Parallele: Bliebe die SPD in der Regierung, so werde sie mit Sicherheit das Schicksal der Nationalliberalen erleiden, die sich in der Krise der 1870er Jahre „zerrieben“ hätten. Zum Verlauf der Konferenz siehe auch Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978, S. 417 f.; Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 56 ff.

¹⁵ Siehe Heinrich Schulthess, Schulthess, europäischer Geschichtskalender, Bd. 61/I:1920, München 1924, S. 157.

¹⁶ Siehe dazu detailliert AdR. Das Kabinett Fehrenbach, bearbeitet von Peter Wulf, Boppard 1972, S. XV ff.

¹⁷ Siehe dazu Erger, Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 123 ff. sowie die gute Analyse bei Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei, S. 149 ff. und Turner, Gustav Stresemann, S. 57 ff.

¹⁸ Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 362.

nalen gestärkt hätte – doch blieb Stresemann überzeugt, der „absurde politische Zustand“ werde nicht von Dauer sein¹⁹.

Auf dem Kasseler Parteitag im Oktober 1920 bestätigte die SPD jedoch zunächst die Ablehnung jeder Koalition mit der DVP²⁰. Aufgrund der Ereignisse in den nächsten Monaten sah die sozialdemokratische Parteiführung sich jedoch gezwungen, diese Haltung grundlegend zu überdenken. Eine zentrale Rolle spielte hier zum einen die rasche und konsequente Verurteilung der Ermordung Erzbergers durch die Volkspartei und ihr öffentliches Bekenntnis, die Weimarer Verfassung als Grundlage des Staates gegen alle illegalen Angriffe zu verteidigen²¹. Zum anderen hatte die SPD ihre wichtigste Machtposition in Preußen, gegen den hartnäckigen Widerstand Otto Brauns, leichtfertig aufgegeben, indem sie – ganz im Sinne des Kasseler Beschlusses – die Forderung von Zentrum und DDP nach einer Einbeziehung der DVP in die preußische Regierung ablehnte. Darüber hinaus war die Lage im Reich nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach und der Bildung eines Minderheitenkabinetts der Weimarer Koalition unter Josef Wirth (Zentrum) äußerst prekär²². Da die Regierung Wirth, von der Frage der „Erfüllungspolitik“ abgesehen, im Reichstag nicht auf eine Unterstützung der USPD rechnen konnte, bildete die Große Koalition die einzige gangbare Alternative. Um dieser den Weg zu bereiten und die Sackgasse zu verlassen, in die der Kasseler Beschluß die Partei geführt hatte, legte die sozialdemokratische Parteiführung dem Görlitzer Parteitag eine Entschließung vor, die eine Koalition mit der DVP unter bestimmten Bedingungen gestattete. Nach einer ausgiebigen und außerordentlich kontroversen

¹⁹ So in seiner Rede vor dem Reichstag am 30. 6. 1920, VRT, Bd. 344, S. 234. Auf dem Parteitag der DVP am 3./4. 12. 1920 betonte er, die „Tendenz absoluter Ausschließung der Sozialdemokratie“ sei mit dem Staatsinteresse unvereinbar und führe seitens der SPD nur zu „negativem Radikalismus“, BAK R 45 II/26, p. 123. Am 4. 1. 1921 teilte er dem Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“, Ernst Posse, mit, er sei immer schon für den Gedanken der „großen Volksgemeinschaft“ eingetreten: „Diese Volksgemeinschaft bedeutet parlamentarisch die Große Koalition. Ich bin für diesen Gedanken seit Jahr und Tag eingetreten und habe allmählich die große Mehrheit der Partei auf meine Seite gebracht, obwohl ich gegen die größten Widerstände dabei anzukämpfen hatte“, PA NL Stresemann 238.

²⁰ Siehe dazu den einstimmig angenommenen Zusatzantrag Ernst Ecksteins (eines Vertreters des linken Parteiflügels) zur Resolution über die Koalitionsfrage, in dem „die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanische Staatsform steht“, kategorisch abgelehnt wurde, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10.–16. Oktober 1920, Berlin 1920 (Neudruck Berlin u. a. 1983), S. 319f. Zum Verlauf des Parteitages siehe Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 434 ff. (mit zahlreicher weiterer Lit.).

²¹ Siehe dazu Stresemanns bedeutsamen Artikel „Vor wichtigen Entscheidungen“, „Vossische Zeitung“, 28. 8. 1920, Nr. 187. In einer Unterredung mit Reichspräsident Ebert erklärte Stresemann am 31. 8. 1921, seine Partei werde die Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 29. 8. 1920 unterstützen, wenn diese gleichmäßig gegen Extremismus von links und rechts angewendet werde, PA NL Stresemann 231 (Aufzeichnung über ein Gespräch mit Ebert). Zum Erzberger-Mord siehe Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt a. M. u. a. 1962, S. 401 ff.; Martin Sabrow, *Der Rathenau-Mord*, München 1994, S. 17–27 (mit zahlreicher weiterer Lit.).

²² Zum Ausscheiden der SPD aus der preußischen Regierung siehe Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt a. M. u. a. 1977, S. 330 ff.; zur Bildung der Regierung Wirth siehe AdR. *Die Kabinette Wirth I/II*, bearbeitet von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard 1973; Peter Küppers, *Josef Wirth*, Stuttgart 1997, S. 104 ff. Die Bildung der Großen Koalitionen in Mecklenburg-Schwerin (13. 3. 1921) und im Freistaat Lippe (19. 2. 1921) hatte der sozialdemokratische Parteivorstand unterstützt, siehe Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921, S. 1013 ff.

Diskussion, in der der linke Parteiflügel vehement gegen die „absolut arbeiterfeindliche“ (Marckwald) Haltung der DVP und gegen ihren Parteivorsitzenden, den „Typus eines Mannes von 1914“ (Eckstein) opponierte, bewiesen die Delegierten den von Otto Braun eingeforderten „Willen zur Macht“ und billigten die Resolution mit großer Mehrheit²³. Erleichtert wurde dieser neuerwachte Wille zur Macht zweifellos durch die fortdauernde Spaltung der Arbeiterbewegung²⁴, aber auch durch die in jeder Hinsicht maßvolle Politik der DVP-Minister im Kabinett Fehrenbach und – sicher nicht zuletzt – durch die unmittelbar vor dem Parteitag von Stresemann öffentlichkeitswirksam bekräftigte Ablehnung der Anregung des DNVP-Vorsitzenden Oskar Hergt, eine neue gemeinsame Rechtspartei zu gründen²⁵.

Zum selben Zeitpunkt wie der Görlitzer Parteitag hielt die Reichstags- und die preußische Landtagsfraktion in Heidelberg eine Tagung ab, um über die künftige politische Marschroute – hier besonders die Steuerfragen – zu beraten. Nach Bekanntwerden des Görlitzer Beschlusses, der „den Weg für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei“²⁶ freimachte, stimmten die Fraktionen mehrheitlich für die Annahme von Stresemanns Vorschlag einer Großen Koalition²⁷. Vehementen Widerstand gegen diesen Beschluß leisteten jedoch nicht nur die Industrievertreter Stinnes, Quaatz und Vögler, sondern – zu Stresemann größter Überraschung und höchstem Ärger – auch eine Gruppe um Gildemeister (Bremen) und Dauch (Hamburg), die energisch gegen jede Zusammenarbeit mit der SPD votierten²⁸. Die dann am 28. September 1921 begonnenen

²³ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18.–24. 9. 1921, Berlin 1921 (Neudruck Berlin u.a. 1973), S. 160 (Marckwald), 162 (Eckstein), 192 (Otto Braun), 267f., 290 (Abstimmung). Hermann Müller forderte die Delegierten auf, „endlich die Manuskripte zu verbrennen, die Sie für die Versammlungen vor der Revolution angefertigt haben“. Kastning, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 72, weist jedoch mit Recht darauf hin, daß der linke Flügel in der SPD stärker war, als es das Abstimmungsergebnis (290:67) vermuten ließ.

²⁴ Nach Aussage Wilhelm Dittmanns, einer der Führer der USPD, war das Verhältnis zwischen USPD und SPD durch den Görlitzer Beschluß „wieder abgekühlt und frostiger geworden. Die Gegnerschaft gegen die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien hatte in unserer Partei neuen Auftrieb bekommen, und auch bei den Rechtssozialisten wirkte der Gedanke einer Koalition mit der ‚Stinnes-Partei‘ ernüchternd“, Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen*, eingel. und bearbeitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M. 1995, Bd. 2, S. 817.

²⁵ Siehe dazu die „Politische Umschau“ in den Deutschen Stimmen, 18. 9. 1921. Am 6. 9. 1921 teilte Stresemann Velde (Dortmund) mit, die Sitzung der Reichstagsfraktion vom 5. 9. habe „völlige Übereinstimmung“ darüber ergeben, „daß die Politik, wie sie die deutschnationale Partei auf ihrem Parteitag in München betrieben hat, in der gegenwärtigen Zeit gerade der nationalen Sache unendlich schaden muß. Solange derartige extreme Anschauungen in der Partei obwalten, wird ein Zusammenwirken der beiden derzeitigen Oppositionsparteien unmöglich gemacht“, PA NL Stresemann 231. Siehe dazu auch allgemein Robert P. Grathwol, *Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy 1924–1928*, Lawrence 1980, S. 13 ff.

²⁶ So Stresemann auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 3. 10. 1921, Kolb/Richter (Bearb.), *Nationalliberalismus*, Dok. Nr. 41.

²⁷ Siehe „Politische Umschau“, *Deutsche Stimmen* vom 2. 10. 1921.

²⁸ Dem Hamburger Generalsekretär Rose teilte Stresemann am 22. 10. 1921 erbost mit, Dauch habe sich wiederholt „gegen jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie“ ausgesprochen: „Worin sich seine Haltung und die einzelner Fraktionskollegen von derjenigen der Deutschnationalen noch unterscheidet [...] ist mir unklar“, PA NL Stresemann 225. Bereits in der Fraktionssitzung vom 20. 8. 1920 hatte Stresemann eine ernste Auseinandersetzung mit Quaatz gehabt, als dieser für die Vertretung der Ruhrindustrie eine besondere Berücksichtigung im Vorstand der Reichstagsfraktion und in den Parlamentsausschüssen gefordert hatte. In der Ablehnung dieser – in rüdem

Gespräche über die Schaffung einer Großen Koalition verliefen zunächst hoffnungsvoll. Weder in der Frage der Staatsform noch über die Führung der Außenpolitik ergaben sich Differenzen. Stresemann zeigte sich vor dem Geschäftsführenden Ausschuß der Partei am 3. Oktober überzeugt, die Große Koalition, „in der das bürgerliche Element entschieden die Führung hätte“, werde nur noch eine Frage von Tagen sein: „Die Vorteile für das Vaterland, welche die breite Koalition verspreche, seien so zwingend, daß bei sachlicher Durchsetzung unseres Programms Einzelheiten, die uns nicht gefallen, in Kauf genommen werden müssen“ – diese Auffassung stieß auch innerhalb der volksparteilichen Landesverbände auf breiteste Zustimmung²⁹. Als heikelstes Problem erwies sich – neben der Person des Reichskanzlers Wirth, die zahlreichen Vertretern der Landesverbände untragbar erschien – jedoch die Steuerpolitik, aber auch hier signalisierten die Sozialdemokraten der DVP in interfraktionellen Gesprächen am 18. Oktober ihr Entgegenkommen³⁰. Zwei Tage später gab der Völkerbund bekannt, daß fast das gesamte oberschlesische Industriegebiet, in dem für eine weitere Zugehörigkeit zu Deutschland gestimmt worden war, an Polen fallen sollte – eine Entscheidung, die bei Führung und Mitgliedern der DVP auf schärfsten Widerspruch stieß. Obwohl das Kabinett Wirth aus Protest gegen diese Entscheidung am 22. Oktober zurücktrat, rissen die Verhandlungsfäden nicht ab. Am 23. Oktober erzielten Stresemann und Kempkes in einer Unterredung mit Koch-Weser und Petersen (DDP) eine Übereinkunft, in der die Große Koalition gefordert wurde³¹. Bei einem Treffen von Vertretern der ehemaligen Regierungsparteien mit Reichspräsident Ebert am Abend des folgenden Tages stand das Programm der neuen Koalition zur Debatte. Hier ergaben sich jedoch erneut schwere Differenzen in der Steuerfrage. Obwohl sich die Sozialdemokraten bereit erklärten, diese Streitfragen zunächst zu vertagen und ihre Entscheidung der künftigen Koalition zu überlassen, beharrte die Volkspartei auf einer detaillierten Klärung; zudem forderten ihre Vertreter als *conditio sine qua non* die kategorische Ablehnung jeder Wirtschaftsverhandlungen mit Polen. Dies wiederum schlossen Wirth, Ebert und die sozialdemokratischen Unterhändler aus. Da in ihren Augen der Minimalkonsens für eine Zusammenarbeit nicht gegeben war, beschloß die volksparteiliche Reichstagsfraktion noch in einer eilig einberufenen Sitzung in der Nacht des 24. Oktober, sich von den Koalitions-

Ton vorgetragenen – Forderung wußte Stresemann jedoch die große Mehrheit der Fraktion hinter sich, siehe die Aufzeichnung über den Verlauf der Fraktionssitzung vom 20. 8. 1920, ebd., Nr. 214.

²⁹ Kolb/Richter (Bearb.), *Nationalliberalismus*, Dok. Nr. 41. Wie Stresemann darlegte, war man sich einig, „daß unsere Außenpolitik keine einseitige Kontinentalpolitik sein dürfe, daß man sich vielmehr an den angelsächsischen Block anschließen müsse. Auch darüber sei eine Übereinstimmung erzielt worden, daß das Ultimatum unerfüllbar ist und daß auch zu gegebener Zeit eine entsprechende Erklärung erfolgen müsse, daß aber gegenwärtig der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei, und zwar besonders mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs. Es wurde weiter eine Übereinstimmung über ein Zusammenwirken mit England und Amerika zum Wiederaufbau Rußlands erzielt, um damit zunächst einmal eine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu schaffen“, ebd.

³⁰ Siehe dazu Schulze-Bidlingmeier (Bearb.), *Kabinette Wirth I/II*, Dok. Nr. 115, 116; Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 455f.; Lothar Albertin, *Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921*, in: *Historische Zeitschrift* 205 (1967), S. 566–627 (hier: S. 592ff.).

³¹ Siehe Friedrich Weinhausen, *Demokraten und Oberschlesische Krisis*, Berlin o.J. [1921], S. 7ff. Text der Übereinkunft: PA NL Stresemann 225.

verhandlungen zurückzuziehen³². Öffentlich begründet wurde dieser Schritt mit der sozialdemokratischen Weigerung, sich rückhaltlos in eine „nationale Abwehrfront“ in der Oberschlesienfrage einzureihen³³. Die Große Koalition war damit erneut gescheitert – und zwar ausschließlich an der dogmatischen Haltung der Volkspartei, die mit ihrem Junktim zwischen Steuerpolitik und Oberschlesienfrage den Bogen überspannt hatte. Das Mißlingen der Verhandlungen gab in der DVP jenen Kräften Auftrieb, die sich gegen eine Zusammenarbeit mit der SPD aussprachen. So nutzte Otto Hugo, ehemaliger Erster Generalsekretär der Nationalliberalen Partei und Vertreter des schwerindustriell orientierten Wahlkreises Westfalen-Nord, die krankheitsbedingte Absage Stresemanns – der sonst immer das Hauptreferat der Tagung hielt – die Zentralvorstandssitzung vom 30. November 1921 zu einer wahren Philippika gegen die Große Koalition und forderte demgegenüber ein engeres Zusammengehen mit den Deutschnationalen³⁴. Zwar gelang es Stresemann, die Delegierten des am folgenden Tag in Stuttgart beginnenden Parteitags in einer mitreißenden Rede davon zu überzeugen, im Interesse der nationalen Einigkeit und der Regierbarkeit des Staates die Große Koalition weiterhin anzustreben, doch wurde seine Empfehlung – im Gegensatz zu früheren Parteitag – nicht einstimmig angenommen. Kritik kam vor allem von der Gruppe um Quatz, Vögler und Dauch, die eine engere Bindung an die Deutschnationalen forderten, aber auch von Seiten des linken Parteiflügels um den Fraktionsvorsitzenden im sächsischen Landtag, Fritz Kaiser, und die Reichstagsabgeordneten Katharina v. Oheimb und Siegfried v. Kardorff, die Stresemann vorwarfen, die Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition vorsätzlich zum Scheitern gebracht zu haben und demgegenüber einen bedingungslosen Eintritt in das neue Kabinett Wirth forderten³⁵.

Die Bilanz der wechselvollen Verhandlungen vom Herbst und Winter 1921 fiel für SPD und DVP durchaus verschieden aus. Zentral ist hier vor allem, daß innerhalb der Volkspartei jene Kräfte, die die republikanische Staatsform ohne Vorbehalte akzeptierten, auf breiter Front an Boden gewonnen hatten. Zudem war Stresemanns seit Mitte 1920 unermüdlich verfolgte Konzeption, seine Partei als bürgerliche Mittelpartei zu profilieren, aufgegangen: Nach der schweren Wahlniederlage der DDP im Juni 1920 war die DVP tatsächlich *die* politische Vertretung des deutschen Bürgertums, soweit es nicht aus konfessionellen Gründen das Zentrum

³² Zu den Verhandlungen vom Abend des 24. 10. 1921 siehe den detaillierten Bericht Petersens und Koch-Wesers vor der DDP Reichstagsfraktion am folgenden Tag, Hauptstaatsarchiv Stuttgart NL Haußmann 64.

³³ Siehe die Meldung der parteioffiziellen „Nationalliberalen Correspondenz“ (NLC) vom 25. 10. 1921, Nr. 224 sowie die Stellungnahme von Adolf Kempkes, „Zur politischen Lage“, Deutsche Stimmen vom 30. 10. 1921. Wie Stresemann am 25. 10. Reichspräsident Ebert mitteilte, sei eine Annahme der Entscheidung zu Oberschlesien, „auch unter Rechtsverwahrung“, für seine Fraktion nicht akzeptabel, PA NL Stresemann 225.

³⁴ Siehe Kolb/Richter (Bearb.), Nationalliberalismus, Dok. Nr. 43.

³⁵ Siehe dazu das stenographische Protokoll des Parteitages, BAK R 45 II/27, p. 95ff. Der Text der Rede Stresemanns auch bei Arnold Hartung (Hrsg.), Gustav Stresemann, Schriften, Berlin 1976, Dok. Nr. 62. Zum Verlauf des Parteitages siehe auch Bernhard, Vermächtnis, S. 599; Jones, German Liberalism, S. 134ff.; Wolfgang Stresemann, Mein Vater Gustav Stresemann, Frankfurt a. M. u. a. 1985, S. 206f. Gegen die Kritik des linken Flügels verwahrte sich Stresemann auf einer Fraktionssitzung vom 15. 12. 1921 heftig, siehe das Schreiben Rauchs an Kilburger vom 16. 12. 1921, PA NL Stresemann 227.

unterstützte. Gleichzeitig hatten die Verhandlungen aber auch deutlich gezeigt, daß es innerhalb der volksparteilichen Reichstagsfraktion einen starken rechten Flügel gab, der jede Große Koalition mit allen Mitteln zu hintertreiben bereit war – den Kampf gegen die Intrigen dieser „Fronde“ führte Stresemann bis zu seinem Lebensende³⁶. Für die Sozialdemokratie war die Tatsache, daß die DVP unter der Führung Stresemanns in die Mitte des politischen Spektrums rückte, von weittragender Bedeutung. Der Görlitzer Beschluß zeigt augenfällig, daß Parteiführung und Basis gewillt waren, die unfruchtbare Oppositionsrolle, die die Partei der Verwirklichung ihrer Ziele keinen Schritt näher gebracht hatte, hinter sich zu lassen. Zwar existierte auch hier eine durchaus beachtliche Opposition gegen ein Zusammengehen mit der DVP, doch war es angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nur zu klar, daß eine stabile Mehrheitsregierung allein unter Ein-schluß der DVP gebildet werden konnte: Der Weg zur Macht führte über die grundsätzliche Bereitschaft zur Großen Koalition. Dies galt um so mehr, nachdem in Preußen im November 1921 eine Große Koalition unter der Führung Otto Brauns zustande kam³⁷.

Der Bildung einer Großen Koalition, die zu Beginn des Jahres 1922 nach der Beilegung des Steuerstreits durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätte, wurde nun durch eine Wiederannäherung der beiden sozialistischen Parteien, die innerhalb der SPD nicht nur vom linken Flügel, sondern auch von Kräften der Mitte unterstützt wurde, vorerst ein Riegel vorgeschoben³⁸. Der Mord an Reichs-außenminister Rathenau am 24. Juni und die Wiedervereinigung von SPD und USPD auf dem Nürnberger Parteitag im September 1922 schufen eine gänzlich veränderte politische Lage³⁹. Unmittelbar nach dem Zusammenschluß kam es zu einer tiefgreifenden Regierungskrise. Auslöser war erneut die Frage, ob das beste-hende Bündnis nach rechts zur Großen Koalition erweitert werden sollte. Nume-risch war dies nicht erforderlich, da das Kabinett Wirth nun über eine Mehrheit im Reichstag verfügte; die Erweiterung wurde jedoch von Zentrum und DDP gefor-dert, um der Gefahr der Majorisierung durch die VSPD zu begegnen. Mit dieser Absicht – und um das Fundament für eine Große Koalition zu legen – hatten sich Zentrum, DDP und DVP bereits am 19. Juli zu einer „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“ zusammengeschlossen⁴⁰. Auch innerhalb der volkspar-

³⁶ Die Bezeichnung „Fronde“ für die rechtsoppositionelle Gruppe innerhalb der Fraktion taucht erstmals in Stresemanns Schreiben an Rose (Hamburg) vom 22. 10. 1921 auf, ebd., Nr. 225.

³⁷ Siehe dazu Schulze, Otto Braun, S. 347 ff.; Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 109 f. Zur Rolle der DDP Joachim Stang, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen, Düsseldorf 1994, S. 273 ff. Zur preußischen DVP fehlt bislang jede Untersuchung. Wichtig erscheint hier der Hinweis, daß es Stresemann nur durch sein persönliches Auftreten in der entscheidenden Sitzung der preußischen Landtagsfraktion gelang, das Ruder zugunsten einer Großen Koalition herumzuwerfen; dennoch gaben von 58 Fraktionsmitgliedern bei der Abstimmung am 5. 11. 1921 im Landtag 30 Abgeordnete weiße Stimmzettel ab.

³⁸ In der Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler bekannte Hermann Müller, zum gegenwärtigen Zeitpunkt stelle die Große Koalition für seine Partei eine „große Belastung“ dar; Schulze-Bidlingmaier (Bearb.), Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 205, S. 566; siehe dazu auch Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 457 f.; Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 78 ff.

³⁹ Zum Rathenau-Mord siehe Sabrow, Der Rathenau-Mord, S. 22 ff.; zur Wiedervereinigung siehe detailliert Winkler, Von der Revolution bis zur Stabilisierung, S. 486 ff. Die Fraktion der VSPD verfügte im Reichstag über 186 (von 459) Mandate.

⁴⁰ Hauptergebnis der Verhandlungen war, daß beide bürgerlichen Parteien im Falle einer Vereinigung

teilichen Führungsgremien und der Parteibasis wurde kaum ein Zweifel daran laut, daß die „Arbeitsgemeinschaft Vorläufer eines Eintritts in die Koalition“ darstelle⁴¹. Am 24. Oktober räumte die DVP eine weitere wichtige Hürde aus dem Weg. Sie stimmte gemeinsam mit SPD, Zentrum, BVP und DDP für das verfassungsändernde Gesetz zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum Juni 1925⁴². Die Große Koalition mit der durch die gewachsene Mandatszahl der VSPD breitesten parlamentarischen Mehrheit seit der Weimarer Nationalversammlung schien nun nur noch eine Frage von Tagen. Am 10. November erteilte Reichspräsident Ebert, wie Ende 1922 auch jetzt ein entschiedener Verfechter der Großen Koalition, dem Kanzler den offiziellen Auftrag, über eine Erweiterung des Regierungsbündnisses zu verhandeln. Bereits Ende Oktober war eine Programmkommission unter dem gemeinsamen Vorsitz von Rudolf Hilferding (SPD) und Hans von Raumer (DVP) gebildet worden, der es – trotz erheblicher Störmanöver seitens des rechten Flügels der Reichstagsfraktion⁴³ – gelang, sich bis zum 13. November auf eine Reihe von wirtschafts- und finanzpolitischen Grundsätzen zu einigen⁴⁴.

Am folgenden Tag trat das Kabinett jedoch zurück. Was war geschehen? Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 13. November 1922 über die Erweiterung des Regierungsbündnisses beriet, zeigte sich, daß die von Hilferding und Raumer erarbeiteten Grundsätze es nicht vermocht hatten, die Vorbehalte gegen die „Stinnes-Partei“ zu beseitigen. Wie Hermann Müller ausführte, bedeute ein Zusammengehen mit der Volkspartei einen „Verrat“ an den Grundsätzen der Arbeiterbewegung; zudem könne man angesichts der heterogenen Zusammensetzung der DVP nicht sicher sein, ob ein Regierungsbündnis von großer Dauer sein werde. Vergeblich warnte der preußische Ministerpräsident Braun seine Partei davor, die Ablehnung der Koalition werde die Volkspartei in die Arme der Deutschnationalen treiben: die Fraktion lehnte mit überwältigender Mehrheit eine Regierung der Großen Koalition ab⁴⁵.

von SPD und USPD den Eintritt der DVP in die Regierung fordern sollten, siehe dazu die Schreiben von Stresemann an Stinnes vom 21.7. und 3.8. 1922, PA NL Stresemann 248.

⁴¹ So der Duisburger Oberbürgermeister Most am 16. 10. 1922 an Stresemann, ebd., Nr. 252.

⁴² Siehe dazu die eingehende Darstellung bei Eberhard Kolb, Vom „vorläufigen“ zum definitiven Reichspräsidenten. Die Auseinandersetzungen um die Volkswahl des Reichspräsidenten 1919–1922, in: ders. (Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident, München 1997, S. 109–156 (hier: S. 152 ff.).

⁴³ So verlangte Hugo Stinnes am 9. 11. 1922 im Reichswirtschaftsrat nicht nur ein Streikverbot für lebenswichtige Betriebe, sondern forderte auch, in den nächsten 10–15 Jahren müsse ohne Lohnzuschlag täglich zwei Stunden länger gearbeitet werden, siehe Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924, Stuttgart 1979, S. 433 f.; Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes, München 1998, S. 231 ff.

⁴⁴ Siehe dazu Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, Lübeck u. a. 1968, S. 296 ff.; Küppers, Josef Wirth, S. 203 ff.; Schulze-Bidlingmaier (Bearb.), Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 404.

⁴⁵ Zum Verlauf der Sitzung siehe die Notizen Carl Giebels, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, NL Giebel, Kassette 2. Wortlaut des Beschlusses: Vorwärts vom 14. 11. 1922, Nr. 538. Siehe auch den scharfen Wortwechsel zwischen Reichsinnenminister Köster (SPD) und Wirth auf der Kabinettsitzung vom Abend des 14. 11. 1922, Schulze-Bidlingmaier (Bearb.), Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 408. Zu den Widerständen Eberts gegen eine weitere Kanzlerschaft Wirths siehe Winkler Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 500 f.; Küppers, Josef Wirth, S. 206 f. Den Gründen für die Weigerung des Reichspräsidenten, Stresemann zum Reichskanzler zu berufen, da er „fürchtete, daß dadurch die Deutsche Volkspartei einen zu starken Einfluß erränge“, Schreiben Stresemanns

Mochte Hermann Müller auch die Haltung des rechten Flügels der DVP in der Arbeitszeitfrage in den Vordergrund stellen, die tiefere Ursache für das Scheitern der Großen Koalition im Winter 1922 war die Rücksicht auf die ehemaligen Mitglieder der USPD. Wie Otto Wels auf der Fraktionssitzung offen zugab, sah die Parteiführung die gerade vollzogene Einigung durch eine Koalition mit der Volkspartei gefährdet – obwohl mit Rudolf Hilferding ein ehemaliger Unabhängiger den Weg für eine Verständigung freigemacht hatte. Wie Wilhelm Dittmann treffend formulierte, war „die Sprengung der Regierungskoalition und der Übertritt der geeinten Sozialdemokratie in die Opposition“⁴⁶ auf Reichsebene die unmittelbare Wirkung der Vereinigung beider sozialistischer Parteien. Der eingeschlossene Linksruck der Sozialdemokratie, nicht zuletzt dadurch verursacht, daß in den sozialdemokratischen Gremien die ehemaligen Angehörigen der USPD weit überrepräsentiert waren⁴⁷, brachte die Große Koalition zum Scheitern. Durch dieses kurzfristige, politische Erwägungen in den Vordergrund stellende, rein von dogmatischer Parteitaktik diktierte konzeptionslose Verhalten brachten die Sozialdemokraten nicht nur einen Kanzler zu Fall, mit dem sie eineinhalb Jahre gut zusammengearbeitet hatten und entließen sich aus der Macht, sondern die führende Kraft des republikanischen Lagers leistete mit diesem Entschluß – in seinem tiefsten Kern die Zurückweisung von staatspolitischer Verantwortung – auch dem parlamentarischen System in Deutschland einen denkbar schlechten Dienst. Einerseits war abzusehen, daß das nächste Kabinett erheblich weiter rechts stehen würde als das bisherige, andererseits führte eine solche Desavouierung eines Verhandlungsführers wie im Falle Hilferdings bei den möglichen Koalitionspartnern zu einem ganz massiven Vertrauensverlust in die Berechenbarkeit der sozialdemokratischen Politik⁴⁸. Im Winter 1922 verspielten so die Sozialdemokraten leichtfertig die Chance, der Regierung eine breite Mehrheit zu sichern und bereiteten den Weg für die „verdeckte Präsidialregierung“⁴⁹ Cunos.

an den hessischen Landesvorsitzenden Dingeldey vom 4. 12. 1922, PA NL Stresemann 253, kann an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden.

⁴⁶ Dittmann, Erinnerungen, S. 848.

⁴⁷ So wurden die Parteigremien zu einem Drittel mit Funktionären der USPD besetzt, während der Anteil der ehemaligen USPD-Mitglieder an der Gesamtpartei nur ein knappes Fünftel betrug. Noch krasser war das Mißverhältnis in der Reichstagsfraktion: Hier betrug das Verhältnis sogar 1:1,5, siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin vom 11.–14. 6. 1924, Berlin 1924 (Neudruck Berlin u. a. 1973), S. 76.

⁴⁸ Stresemann brachte dieses Verhalten nach dem Sturz seiner Regierung auf den Punkt und stellte heraus, es sei so gut wie unmöglich, mit der SPD zusammen zu regieren, „weil das Kabinett bei jeder Entscheidung davon abhängig war, ob der Parteivorstand in der Fraktionssitzung mit 65 gegen 60 Stimmen siegte oder mit 60 gegen 65 Stimmen unterlag“, Bernhard, Vermächtnis, S. 376. Siehe auch die massive Kritik an der sozialdemokratischen Verhandlungsführung in dem Schreiben der DVP-Reichstagsfraktion an Reichskanzler Wirth vom 13. 11. 1922, PA NL Stresemann 253. Nach einer stenographischen Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Stresemann, Hermann Müller, Marx und Reichspräsident Ebert am 18. 11. 1922 hinsichtlich der Zusammensetzung der künftigen Regierung führte Müller aus, er halte „nur die alte Koalition (für) möglich“. Daraufhin erwiderte Marx: „(Die) Partei, die (die) Krisis herbeigeführt hat, muß uns auch aus der Krise herausführen“, ebd.. Siehe auch Stresemanns wichtige Analyse der politischen Lage und der „Kinderkrankheiten des neuen deutschen Parlamentarismus“, in der „Politischen Umschau“ der Deutschen Stimmen vom 5. 12. 1922.

⁴⁹ So treffend Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 553. Zur Bildung des „überparteilichen“ Kabinetts Cuno siehe neben den Arbeiten von Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie,

Der Sturz des Kabinetts Stresemann im Dezember 1923 führte sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei der Volkspartei zu scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Juni 1924 war die Koalitionspolitik das beherrschende Thema. Obwohl die Überzeugung des Vorsitzenden des Berliner Metallarbeiterverbandes und ehemaligen Unabhängigen, Robert Dißmann, die Partei müsse „eine Politik des unversöhnlichen Klassenkampfes“ führen, von der Mehrheit der Delegierten nicht geteilt wurde, so befanden sich die entschiedenen Befürworter einer Großen Koalition – neben Otto Braun besonders Friedrich Stampfer und Eduard Bernstein – seit dem Jahresende jedoch innerparteilich in der Defensive. Auch die Parteimitte, die in der Regel die knappe Mehrheit bildete, zeigte sich ernüchtert und stellte taktische – und das hieß regelmäßig: außenpolitische – Erwägungen in den Vordergrund. So zog der Parteivorsitzende Hermann Müller das Fazit: „Wenn wir die Koalitionsbildungen der letzten Jahre überschauen [...], so sind wir nur in der Regierung vertreten gewesen, wenn wir in die Regierung *mußten*. Die Gründe, die uns dazu gezwungen haben, sind fast immer außenpolitische gewesen“⁵⁰.

Auch bei der Volkspartei hatte das Gewicht der innerparteilichen Opposition nach Stresemanns Kanzlerschaft zugenommen. Die Vertreter des rechten Flügels forderten Anfang Januar 1924 in einer scharfen Resolution eine klare Festlegung der Partei auf eine Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung und die Ablehnung jeder weiteren Großen Koalition. Zwar gelang es Stresemann, der Resolution ihre Schärfe zu nehmen – so schloß auch die revidierte Fassung eine Zusammenarbeit mit der SPD aus, jedoch nur so lange, wie ihr linker Flügel die Partei beherrschen sollte –, doch erhob der rechte Flügel dagegen vehementen Widerspruch⁵¹. Als Folge kam es zur Gründung einer oppositionellen Organisation innerhalb der Partei unter der Bezeichnung „Nationalliberale Vereinigung“, der neben zwölf Reichstagsabgeordneten auch einflußreiche, der DVP nahestehende

S. 109ff. und Arns, Regierungsbildung und Koalitionspolitik, S. 138ff. bes. Hermann Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923. Politics and Economics*, The Hague 1979, S. 19ff. AdR. Das Kabinett Cuno, bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard 1968, S. XIX ff.

⁵⁰ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924 (Neudruck Glashütten u. a. 1974), S. 188 (Dißmann), 83 (Müller). Siehe dazu auch den von Hermann Müller eingebrachten und mit 262 gegen 105 Stimmen angenommenen Antrag zur Koalitionspolitik: „Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Vielparteiensystem hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen [...] Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat“, ebd., S. 204, 138 (Abstimmung).

⁵¹ Die Reichstagsfraktion beschloß am 12. 1. 1924 eine Resolution, die die SPD scharf verurteilte, jede Möglichkeit eines Wiederauflebens der Großen Koalition kategorisch ausschloß und die Partei verpflichtete, die Einbeziehung der DNVP in die Regierung anzustreben, siehe Stresemanns Aufzeichnung „Betrifft Geheimrat Dr. Quatz“, PA NL Stresemann 267. Text der vom Fraktionsvorsitzenden Scholz vorbereiteten Entschließung: Ebd., Nr. 89. Stresemann gelang es jedoch, die Resolution zur endgültigen Formulierung dem Fraktionsvorstand vorlegen zu lassen, in dem seine Anhänger die Oberhand besaßen. Dieser entschärfte in einer Sitzung vom 21. 1. 1924 den Wortlaut der Resolution beträchtlich, siehe BAK R 45 II/66, p. 13 (Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung). Text der revidierten Fassung: NLC, 13. 3. 1924; Ernst Scholz, Die innere Entwicklung im Reiche, in: *Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei*, herausgegeben von Adolf Kempkes, Berlin 1927, S. 35 ff.

oder ihr angehörende Ruhrgebiets-Industrielle wie Friedrich Flick und Otto Hembeck angehörten⁵². Zwar gelang es Stresemann, gestützt auf ein Votum des Parteitages (dort geißelte er in einer großen Rede die „Auffassung des politischen Philistertums, unentwegt das Prinzip hochzuhalten“) und des Zentralvorstandes, die Opponenten in offener Feldschlacht niederzuwerfen⁵³, doch war dies nur ein Sieg auf Zeit, der erneut die enormen Schwierigkeiten Stresemanns bewies, die DVP als bürgerliche Mittelpartei festzulegen und ihr damit alle Optionen offenzuhalten.

Der Ausgang der Wahlen vom 7. Dezember 1924, die unter dem Zeichen außenpolitischer Entspannung und wirtschaftlicher Konsolidierung standen, erlaubte nur zwei Formen einer Mehrheitsregierung, Große Koalition oder bürgerlicher Rechtsblock: Für beide Lösungen war die Haltung der Volkspartei entscheidend⁵⁴. In der Ministerbesprechung vom 10. Dezember 1924 unterrichtete Stresemann das Kabinett über den einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes vom selben Tag, „eine bürgerliche Regierung anzustreben“, notfalls auch ohne Beteiligung der DDP. Es „sei nach diesem Wahlausgang nicht möglich“, so begründete er den Beschluß, „die Deutschnationalen außerhalb der Regierung zu lassen“. Angesichts der anstehenden wichtigen Entscheidungen in der Aufwertungs- und Räumungsfrage „mußten auch die Deutschnationalen Verantwortung für diese Dinge übernehmen“. Zwar ließ es Stresemann noch offen, ob die DVP bereit sein würde, um des Zieles einer Rechtskoalition willen das Kabinett zu stürzen, doch machte er deutlich, daß er „den Fortbestand des jetzigen Kabinetts nicht für möglich“⁵⁵ halte. Die deutlichen Signale der sozialdemokratischen Parteiführer zur Bildung „einer nach links erweiterten Regierung“⁵⁶ verfehlten gänz-

⁵² Siehe dazu die Materialsammlung Stresemanns über die Sezession, PA NL Stresemann 89 sowie die – wenig überzeugende – Darstellung bei Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei S. 50 ff.

⁵³ Zur Rede Stresemann siehe Bernhard, Vermächtnis, S. 374; zum Verlauf der beiden Tagungen siehe die NLC-Sonderausgabe vom 29. 3. 1924, den Bericht des „Hannoverschen Kuriers“ vom 29. 3. und 30. 3. 1924, Nr. 152, 153 sowie Kolb/Richter, Nationalliberalismus, Dok. Nr. 55. Die Hälfte der opponierenden Fraktionsmitglieder erklärte daraufhin ihren Austritt aus der Nationalliberalen Vereinigung, während v. Lersner, Maretzky und Vögler die Partei verließen und zu den Reichstagswahlen vom Mai 1924 mit einer eigenen Kandidatenliste antraten, siehe auch Dieter Fricke (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland. 1789–1954, 4 Bde., Leipzig 1983 ff., Bd. 3, S. 437 f. Drei weitere Mitglieder (darunter Quaatz) schlossen sich der DNVP an und erhielten dort sichere Listenplätze für die Wahlen, siehe auch Turner, Gustav Stresemann, S. 157 ff.

⁵⁴ Zum Wahlergebnis, bei dem die SPD mit 131 Sitzen wieder zur stärksten Fraktion wurde und die DVP sich um 6 Mandate (von 46 auf 51) steigern konnte, siehe Kolb, Die Weimarer Republik, S. 284; eine detaillierte Analyse bietet Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, Berlin/Bonn 1985, S. 216 ff. (mit zahlreicher weiterer Lit.). Eine Große Koalition hätte im Reichstag über 283 Mandate (von 493), eine Rechtskoalition ohne DDP, aber mit BVP und Landbund über 250 Sitze verfügt.

⁵⁵ AdR. Die Kabinette Marx I/II, bearbeitet von Günter Abramowski, Boppard 1973, Dok. Nr. 368, S. 1219 f. Diese Haltung hatte Stresemann auch während des Wahlkampfes propagiert, siehe unter anderem die „Politische Umschau“, Deutsche Stimmen vom 20. 10. 1924, seinen Aufsatz für „Die Zeit“ vom 13. 11. 1924, Nr. 254 sowie seine Wahlkampfreden in Berlin vom 29. 11. 1924, Bernhard, Vermächtnis, S. 600 ff.

⁵⁶ So Hermann Müller in einer Unterredung der sozialdemokratischen Parteiführer (Teilnehmer: Müller, Hilferding, Dittmann, Wels) mit Reichskanzler Marx am Vormittag des 13. 11. 1924, BAK R 43 I/1020, p. 127 f.; siehe dazu auch Winkler, Der Schein der Normalität, S. 224; Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967, S. 79 ff.

lich ihre Wirkung: Wenige Tage vor Weihnachten fixierte der volksparteiliche Fraktionsvorsitzende, Ernst Scholz, in einer Unterredung mit dem Reichskanzler erneut das alleinige Ziel seiner Partei: „Die Volkspartei lehne sowohl die Große Koalition wie die kleine, wie sie jetzt bestehe, rundweg ab. Eine andere Mehrheitsbildung als die mit den Deutschnationalen gäbe es nicht [...] Die jetzt im Vordergrund stehenden sachlichen Fragen seien mit der Sozialdemokratie nicht zu erledigen.“⁵⁷ Vorausgegangen war dieser brüskten Absage an die Große Koalition ein Beschluß der volksparteilichen Reichstagsfraktion, „sich an der Regierungsbildung führend nicht zu beteiligen“⁵⁸. Mit anderen Worten: Auch Stresemann, dem der Reichspräsident am Vormittag des 17. Dezember die Bildung eines neuen Kabinetts anbot, hatte es (in einer allerdings nur halbherzig geführten Aktion) nicht vermocht, die erheblichen Widerstände des Zentrums gegen eine Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen zu zerstreuen⁵⁹. Die in der Republik schon übliche Weihnachtskrise endete im Januar 1925: Auf Vorschlag Stresemanns berief Reichspräsident Ebert den parteilosen, aber der DVP nahestehenden Hans Luther zum Regierungschef einer bürgerlichen Rechtskoalition – denn darum handelte es sich weit eher als das vom neuen Reichskanzler in der Öffentlichkeit propagierte Kabinett der überparteilichen Fachleute⁶⁰. Luthers Ernennung zum Reichskanzler war eine wichtige Entscheidung vorausgegangen. Die preußische Landtagsfraktion der DVP hatte am 6. Januar 1925 – nachdem Stresemann seinen anfänglichen Widerstand gegen diesen Schritt aufgegeben hatte – die Große Koalition in Preußen aufgekündigt und damit eine Bedingung erfüllt, die die Deutschnationalen an ihren Eintritt in die Reichsregierung geknüpft hatte⁶¹.

⁵⁷ Protokoll einer Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der DVP-Reichstagsfraktion (Scholz, Brüninghaus, Kempkes) am 18. 12. 1924 um 12 und um 17 Uhr, BAK R 43 I/1020, p. 129f.

⁵⁸ „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 18. 12. 1924, Nr. 595.

⁵⁹ Siehe dazu Karsten Ruppert, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992, S. 130ff.

⁶⁰ Siehe dazu Stürmer, *Koalition und Opposition*, S. 81ff.; Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 226; Hans Luther, *Politiker ohne Partei*, Stuttgart 1960, S. 311 ff. Zu der Erwägung Stresemanns, das Kabinett nicht auf einer Koalitionsbasis ruhen, sondern aus „Fachministern“ bestehen zu lassen, siehe seinen Brief an Retzmann vom 26. 12. 1924, PA NL Stresemann 17.

⁶¹ Ein großer Teil der preußischen Landtagsfraktion hielt bereits im Spätsommer den Zeitpunkt für gekommen, aus der Großen Koalition in Preußen auszutreten, um nach den Neuwahlen in Preußen (7. 12. 1924) gemeinsam mit der DNVP und dem Zentrum eine bürgerliche Koalition einzugehen. Der Fraktionsvorsitzende v. Campe teilte Stresemann dazu am 5. 9. 1924 mit, die Lösung der Großen Koalition sei zur Notwendigkeit geworden, da „weiteste Kreise der Parteifreunde sie wünschen“, PA NL Stresemann 90. Die DVP löste mit dieser Entscheidung, die sie bald bitter bereuen sollte, eine langandauernde Regierungskrise in Preußen aus, die erst im April 1925 mit der Wahl Otto Brauns zum Ministerpräsidenten einer Minderheitsregierung der Weimarer Koalition ihr Ende fand, siehe Schulze, *Otto Braun*, S. 466ff.; Ruppert, *Im Dienst am Staat von Weimar*, S. 101ff. In der Zentralvorstandssitzung vom 23./24. 5. 1925 erklärte der preußische Landtagsabgeordnete Schwarzhaupt: „Der Fehler des alten Deutschlands war es gewesen, einen großen Teil der Arbeiterschaft zur unfruchtbaren Opposition zu führen. Der gleiche Fehler würde von dem jetzigen Staate begangen, wenn er die großen Kreise rechts von uns planmäßig von der Regierung fernhielte und diese Schichten von der Opposition zur Feindschaft gegenüber dem Staate treiben wollte. Die Große Koalition hat zu ihrer Zeit ihre Berechtigung gehabt. Aber sie war nicht mehr zu halten, weil uns in ihr vieles versagt blieb, was unbedingt zu fordern war, insbesondere blieb das System Severing der Stein unseres Anstoßes. Dazu kam die Rücksicht auf die Kabinettsbildung im Reiche [...] Die Rückkehr der Großen Koalition ist ausgeschlossen“, Kolb/Richter (Bearb.), *Nationalliberalismus*, Dok. Nr. 59.

Stresemann als Architekt der ersten Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen in der Weimarer Republik. Die Gründe für dieses – angesichts der bitteren Feindschaft, die seiner Außenpolitik (und seiner Person) in weiten Kreisen der Partei entgegengebracht wurde – auf den ersten Blick erstaunliche Faktum liegen jedoch auf der Hand. Im Interesse der Stabilisierung der Republik war Stresemann davon überzeugt, die Mitverantwortung der Deutschnationalen für die Regierung werde einen ernüchternden (und damit gleichzeitig: mäßigenden) Einfluß ausüben; gleichzeitig verfolgte er auch den Plan, einen Keil zwischen den linken und rechten Flügel der Partei zu treiben⁶². Diese Erwägungen stießen nicht nur innerhalb der volksparteilichen Führungsgremien, sondern auch bei weiten Kreisen der Parteibasis auf breite Zustimmung⁶³. Angesichts dieser Überlegungen war die sozialdemokratische Bereitschaft, eine Große Koalition einzugehen, praktisch unerheblich. Der (zunächst) fest geschlossene „Bürgerblock“ wies der SPD im Winter 1924/25 wieder ihre alte Rolle zu – die der Opposition.

Nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Reichsregierung im Oktober 1925 aufgrund ihrer Ablehnung der Locarno-Verträge verfügte die Regierung Luther im Reichstag über keine Mehrheit mehr. Nachdem die Sozialdemokratie den Verträgen mit ihrer geschlossenen Zustimmung die Annahme ermöglicht hatte, trat das Kabinett in der ersten Dezemberwoche zurück⁶⁴. Zu diesem Zeitpunkt existierte bereits ein vom Staatssekretär Meißner im Büro des Reichspräsidenten entworfenes Szenario für den Ablauf der Regierungskrise, nach dem die Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition an den Gegensätzen der beiden Flügelparteien SPD und DVP scheitern sollten – damit werde der Weg für eine erneute Berufung Luthers frei⁶⁵. Erste Gespräche ergaben sowohl beim Zentrum als auch bei der Sozialdemokratie eine grundsätzliche Bereitschaft zur Bildung einer Großen Koalition, reserviert verhielt sich die Bayerische Volkspartei – eindeutig ablehnend reagierte nur die DVP⁶⁶. Ihre Haltung änderte sich erst, nachdem Meißner den Fraktionsvorsitzenden Scholz in sein taktisches Kalkül eingeweiht hatte. Am 9. Dezember beschloß daraufhin der Vorstand der Reichstags-

⁶² Siehe dazu auch Grathwol, Stresemann and the DNVP, S. 155 ff.

⁶³ Bereits auf der Zentralvorstandssitzung vom 6.7. und auf dem Parteitag am 13./14. 11. 1924 in Dortmund hatten sich zahlreiche Debattenredner für eine Koalition mit den Deutschnationalen ausgesprochen, siehe Kolb/Richter (Bearb.), Nationalliberalismus, Dok. Nr. 55 (Zentralvorstand); BAK R 45 II/29, p. 23 ff. (Parteitag).

⁶⁴ Zur Haltung der Deutschnationalen Partei, die maßgeblich auf Druck ihrer Landesverbände erfolgte, siehe Grathwol, Stresemann and the DNVP, S. 170 ff.; Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925–1928, Diss. phil. Marburg 1964, S. 173 ff.; Heidrun Holzbach, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 192 ff. Zur Haltung der SPD siehe Winkler, Der Schein der Normalität, S. 255 ff.

⁶⁵ Siehe dazu das bei Stürmer, Koalition und Opposition, S. 288 ff. abgedruckte Memorandum Meißners vom 2. 12. 1925. Die folgende Darstellung wird bewußt knapp gehalten, da die Vorgänge sowohl in der genannten Arbeit von Stürmer als auch bei Peter Haungs, Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung. Eine Studie zum Regierungssystem der Weimarer Republik in den Jahren 1924–1929, Köln u.a. 1968, S. 94 ff. und Jürgen Blunck, Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928, Diss. phil. (MS) Kiel 1961, S. 131 ff. ausführlich behandelt worden sind.

⁶⁶ Siehe AdR. Die Kabinette Luther I/II, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rhein 1977, Dok. Nr. 246; zur Haltung des Zentrums siehe Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 184 ff.; zur BVP siehe Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972, S. 152 ff.

fraktion, es bestehe „Einigkeit darüber, daß die DVP zu Verhandlungen mit dem Ziele der Bildung einer Großen Koalition bereit sei, daß aber kein bedingungsloser Eintritt in Frage komme“. Weiterhin sei die Aufstellung eines Wirtschaftsprogrammes erforderlich. Scheitere die Große Koalition, „so kann sie nur an den Sozialdemokraten scheitern“⁶⁷. Die Sozialdemokraten ihrerseits standen einer Zusammenarbeit mit der DVP äußerst skeptisch gegenüber. Sie verlangten vor allem ein „fest aufgestelltes Programm, da sonst die Deutsche Volkspartei nach kurzer Zeit wieder fortlaufen würde“⁶⁸. Angesichts dieser Ausgangslage hatte der DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser, von Reichspräsident Hindenburg am 14. Dezember mit der Bildung einer Großen Koalition betraut, keine reelle Chance. Nicht eingeweiht in den Plan Meißners, bemühte er sich, die gegensätzlichen Standpunkte in mehreren Verhandlungsrunden anzunähern, scheiterte aber – wie er Hindenburg am 27. Dezember mitteilte – daran, „daß die Sozialdemokratie innerlich die Große Koalition in diesem Winter wirtschaftlicher Schwierigkeiten und steigender Erwerbslosigkeit nicht will“⁶⁹. Nachdem Anfang Januar 1926 ein zweiter Anlauf zur Bildung der Großen Koalition, zu dem das Zentrum den Reichspräsidenten bewogen hatte, scheiterte, war am 13. Januar 1926 der Punkt erreicht, auf den Staatssekretär Meißner seit Dezember 1925 hingearbeitet hatte: Reichskanzler Luther wurde erneut mit der Regierungsbildung betraut und bildete ein bürgerliches Minderheitskabinett, eine Regierung, die – wie Stresemann noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen formulierte – sich „auf die Linke stützen“ müsse: „Es wird sich dann die Notwendigkeit ergeben, daß sie mit der Linken die Außenpolitik macht, sich aber an rechts anlehnen muß in Steuer- und Wirtschaftsfragen“⁷⁰.

Angesichts dieses abgekarteten Spiels besaß die Große Koalition im Winter 1925/26 keine Chance auf Realisierung. Zu stark waren die wirtschafts- und sozialpolitischen Widerstände in der DVP, nicht nur auf der Ebene der Parteileitung, sondern auch bei der Parteibasis. Stresemann, durch zahlreiche Schreiben seitens der regionalen Parteiorganisationen und -mitglieder über diese Stimmung bestens orientiert⁷¹, verzichtete auf jedes Plädoyer zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Innenpolitisch konzentrierte er sich in diesem Winter ganz darauf, den Wiedereintritt der DVP in die preußische Regierung zu arrangieren und damit im wichtigsten deutschen Land der Rückkehr seiner Partei an die Macht den Weg zu bereiten. Zudem hatte er die Hoffnung, wenn nicht auf eine Sezession, so doch auf ein Erstarken des linken Flügels der Deutschnationalen noch nicht aufgegeben. Um die gemäßigten Kräfte innerhalb der Deutschnationalen zu stärken, entschied er sich, dem Wiedereintritt der DNVP in die Regierung so lange Widerstand zu leisten, bis die Partei die Gültigkeit der Locarno-Verträge an-

⁶⁷ BAK R 45 II/66, p. 61.

⁶⁸ Minuth (Bearb.), Kabinette Luther, Dok. Nr. 246; zu den sozialdemokratischen Programmforderungen vom 10. 12. 1926 vgl. Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 260.

⁶⁹ Minuth (Bearb.), Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 256; siehe dazu auch die detaillierte Darstellung bei Gerhard Papke, *Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 1989, S. 110ff. sowie die Tagebuchnotiz Stresemanns über ein Telephonat mit Koch-Weser am 16. 12. 1925, Bernhard, *Vermächtnis*, Bd. 2, S. 382.

⁷⁰ Tagebucheintragung Stresemanns von Anfang Dezember 1925; ebd., S. 248.

⁷¹ Siehe dazu PA NL Stresemann 274, 275, 279.

erkennen würde⁷². Aber auch die Sozialdemokratie spielte nur allzu bereitwillig die Rolle, die ihr Meißner zugeordnet hatte und entmutigte damit jene Kräfte, die zu einer Zusammenarbeit bereit waren. Wenn die SPD eine Rückkehr an die Macht angestrebt hätte, so wären die Chancen *vor* der Abstimmung des Reichstags über die Locarno-Gesetze am 27. November ungleich größer gewesen als danach: der „innenpolitische Marktwert“⁷³ der Partei sank nach ihrer Zustimmung drastisch. Der Verlauf der Locarno-Krise zeigt deutlich, daß eine Regierungsbeteiligung der SPD von der Mehrheit der Parteiführung abgelehnt wurde – eine Selbstausschaltung der stärksten Partei des Reiches, die von wenig Mut zur Verantwortung zeugt. Die Locarno-Mehrheit auch in den wichtigen Fragen der inneren Politik tragfähig zu machen: diese Marschroute schien der SPD mit zu vielen Risiken behaftet. Das eigentlich beunruhigende an der Regierungsbildung im Winter 1925/26 war jedoch, daß der Reichspräsident das Intrigenspiel seines Staatssekretärs deckte und seinen Einfluß erstmals *gegen* eine parlamentarische Mehrheitsregierung in die Waagschale warf⁷⁴.

Das zweite Kabinett Luther stand von Beginn an auf tönernen Füßen. Sein Sturz über den „Flaggenstreit“ im Mai 1926 setzte nur den Schlußstrich unter eine Regierung, deren Zusammenhalt im Grunde auf dem Fehlen jeder hinreichenden Möglichkeit beruhte, die Koalitionspolitik nach rechts oder links auf eine neue Grundlage zu stellen. Nach dem Rücktritt Luthers schien die Situation für die Bildung einer Großen Koalition günstig. Sowohl das Zentrum als auch die DDP lehnten eine bürgerliche Rechtskoalition ab; auch die Vorbehalte der sozialdemokratischen Parteiführung gegen einen Regierungseintritt waren merklich geringer als zu Beginn des Jahres⁷⁵. Als wichtigstes Hindernis einer sofortigen Regierungsumbildung erwies sich jedoch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie gemeinsam mit der KPD eine entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Für-

⁷² Siehe dazu Bernhard, Vermächtnis, Bd. 2, S. 248. Bereits am 14. 11. 1925 hatte er die oppositionellen Kräfte innerhalb der DNVP ermuntert: „Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder der deutschen nationalen Fraktion (also mindestens Fraktionsstärke) sich als neue Fraktion bildet, so besteht kein Bedenken dagegen, diese Fraktion an der Regierungsbildung zu beteiligen und Aussicht, daß dabei entsprechende personelle Wünsche berücksichtigt werden können“, ebd., S. 380. Die maßlose Kampagne, die die Führung der DNVP gemeinsam mit den Nationalsozialisten und anderen rechtsextremistischen Gruppen nach Annahme der Locarno-Verträge gegen Stresemann als „Erfüllungspolitiker“ und „Raubmörder“ unter der Losung „Stresemann – Verwese man“ entfesselte und die in der Forderung gipfelte, ihn „vom Ministersessel herunterzuzerren und ihn, angebunden mit den Füßen an ein Rappengespann, durch das Brandenburger Tor“ zu schleifen (ebd., S. 319f.), habe – wie er dem Deutschnationalen v. Keudell am 27.11. mitteilte – „auf weite Zeit hinaus das Verhältnis zwischen unseren Parteien zerstört“, PA NL Stresemann 274.

⁷³ So treffend Winkler, Der Schein der Normalität, S. 263.

⁷⁴ Dieser Umstand wird bei Haungs, Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung, S. 107f., und Blunck, Der Gedanke der Großen Koalition, S. 156f., nicht hinreichend gewürdigt. Wenig überzeugend auch die Analyse bei Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin u.a. 1966, S. 101f.

⁷⁵ Siehe dazu Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 202ff.; zur Haltung der DDP siehe die Vorstandssitzung vom 20. 5. 1926, Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Bearb.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsorgane der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980, Dok. Nr. 132 sowie Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975, S. 120ff.; Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978, S. 89ff.; zur Haltung der SPD siehe Winkler, Der Schein der Normalität, S. 268f.

sten mittels eines Volksentscheids vorbereitete, während Zentrum und DDP in dieser Frage eine weniger radikale, parlamentarische Lösung favorisierten⁷⁶. Aus diesem Grund beschloß die Zentrumsfraktion am 14. Mai 1926, die Große Koalition erst nach dem Volksentscheid, der am 20. Juni stattfinden sollte, einzugehen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte ein neuer Kanzler die bisherige Koalition führen. Am selben Tag trat der Fraktionsvorstand der DVP für eine „schnellste Beendigung der Krise“ ein und lehnte ebenfalls eine komplette Umbildung des Kabinetts ab. Der Fraktionsvorsitzende Scholz führte jedoch erhebliche „praktische Bedenken“ gegen eine Große Koalition ins Feld; diese habe er am Vortag auch dem Reichspräsidenten dargelegt⁷⁷. Zwei Tage vor diesen Beschlüssen hatte der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid Stresemann über seinen Sohn Wolfgang ausrichten lassen, er „solle doch unter allen Umständen das Reichskanzleramt annehmen“. Die Sozialdemokraten würden bei einem positiven Vertrauensvotum mit „Ja“ stimmen⁷⁸.

Dem Kandidaten aber, den die Zentrumsparlei für den Posten des Reichskanzlers in Aussicht genommen hatte, der Kölner Oberbürgermeister und Präsident des preußischen Staatsrats, Konrad Adenauer, schien der Plan der Zentrumsführung zu vage und unsicher. Zudem ergaben bereits erste Sondierungsgespräche mit Scholz am 15. Mai, daß die DVP keinesfalls gewillt war, in eine Große Koalition einzutreten. Vielmehr, so legte Scholz dem überraschten Adenauer dar, müsse „die Schwenkung nach rechts“ kommen, Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit der SPD dagegen seien „vollkommen aussichtslos“⁷⁹. Damit war die Große Koalition erneut gescheitert. Am folgenden Tag wurde – erneut auf einen Vorschlag Stresemanns – Wilhelm Marx (Zentrum) zum Reichskanzler einer bürgerlichen Minderheitsregierung ernannt⁸⁰. Zentrum und DVP einigten sich dann am 17. Mai darauf, möglichst bald eine Mehrheitsregierung zu schaffen, für die aber nur solche Parteien in Frage kommen sollten, „die die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik Gewähr bieten“⁸¹. Deuteten Zentrum und DDP diese Formulierung als Offerte an die SPD, sich nach dem Volksentscheid an der Regierung zu beteiligen, so blieb gleichzeitig für die DVP die Möglichkeit gegeben, für den Fall, daß die DNVP ihre Opposition gegen die Außenpolitik Stresemanns aufgab, eine Erweiterung der Regierung nach rechts zu fordern⁸².

⁷⁶ Siehe dazu Ulrich Schüren, *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926*, Düsseldorf 1978; Otmar Jung, *Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten*, Hamburg 1990.

⁷⁷ Zur Sitzung der Zentrumsfraktion siehe Rudolf Morsey (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933*, Mainz 1969, Dok. Nr. 42; zur DVP siehe das Protokoll über die Sitzung des Fraktionsvorstandes vom 14. 6. 1926, BAK R 45 II/66, p. 74.

⁷⁸ Bernhard, *Vermächtnis*, Bd. 2, S. 392; siehe auch Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, S. 413f.

⁷⁹ So Adenauer in seinem Memorandum über die Unterredung mit Scholz. Text: Paul Weymar, Konrad Adenauer, München 1955, S. 129ff.

⁸⁰ Siehe dazu Ulrich v. Hehl, Wilhelm Marx, Mainz 1987, S. 376ff.

⁸¹ Schulthess, *Geschichtskalender*, Bd. 67: 1926, München 1927, S. 101.

⁸² Die These von Blunck, die DVP habe sich bereits zu diesem Zeitpunkt auf eine spätere Erweiterung der Regierung zur Großen Koalition festgelegt, trifft nicht zu.

Tatsächlich scheiterte die Große Koalition im Frühsommer 1926 allein an der Haltung der DVP. Eine erhebliche Rolle spielt hier einerseits das „negative Spannungsverhältnis“⁸³, das zwischen Stresemann und Adenauer seit dem November 1923 bestand. Andererseits war die Forderung Adenauers auf sofortige Bildung der Großen Koalition für die Volkspartei unannehmbar, da bereits zu diesem Zeitpunkt absehbar war, daß die Abstimmung über das Volksbegehren am 20. Juni 1926 mit einer Niederlage der Initiatoren enden würde. Damit wäre die strittige Frage wieder an den Reichstag zurückverwiesen worden; eine Einigung zwischen DVP und SPD lag jedoch angesichts der vollkommen divergierenden Positionen beider Parteien in der Fürstenenteignung außerhalb jeder Möglichkeit. Stresemann sah also keinen Grund, sich wegen der Kandidatur Adenauers zu exponieren und stimmte mit der Fraktion geschlossen gegen den Eintritt in die Große Koalition, wobei er allerdings seiner Überzeugung Ausdruck gab, er stehe einer Zusammenarbeit mit der SPD in nächster Zukunft sehr aufgeschlossen gegenüber⁸⁴. Diese Auffassung stieß jedoch auf vehementen Widerstand seitens des rechten Parteiflügels. Anfang Juli 1926 veröffentlichte der in der Partei angesehene Duisburger Oberbürgermeister und Präsidentschaftskandidat von 1925, Karl Jarres, in seiner Funktion als Vorsitzender der DVP im Preußischen Staatsrat gemeinsam mit Wilhelm Freiherr von Gayl (DNVP) einen Appell an die Abgeordneten beider Parteien im Reichstag und im Preußischen Landtag, sich zu einer vereinigten Rechtspartei zusammenzuschließen⁸⁵. Angesichts von Stresemanns energischem Widerstand unterließ es Jarres zwar, diesen Plan, der auf der Zentralvorstandssitzung der DVP vom 1. Oktober 1926 zu beträchtlicher Aufregung führte, weiter zu verfolgen⁸⁶, doch zeigte diese Episode erneut deutlich, daß Stresemanns partei-

⁸³ So treffend Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, S. 416.

⁸⁴ Wolfgang Stresemann berichtet, das erste, was sein Vater nach der Fraktionssitzung zu ihm gesagt habe, war: „Heute haben wir verhindert, daß Adenauer Kanzler wird“, ebd. Obwohl Stresemanns Privatsekretär Henry Bernhard noch im Vermächtnis (Bernhard, *Vermächtnis*, Bd. 2, S. 392) versicherte, der Widerstand der DVP gegen die Kandidatur Adenauers sei „im engsten Einvernehmen mit Stresemann erfolgt“, gab er später eine vollständig andere Version der Vorgänge. Danach habe Stresemann selbst Adenauers Kandidatur durch seine Weigerung zu Fall gebracht, unter ihm als Außenminister in der Regierung zu bleiben, vgl. Henry Bernhard, Seeckt und Stresemann, in: *Deutsche Rundschau* 129 (1953), S. 466f. Ob Stresemann tatsächlich Kenntnis von Adenauers scharfer Kritik an seiner „unsteten und schaukelnden“ Außenpolitik hatte (siehe Weymar, Konrad Adenauer, S. 132), wie Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1906*, Stuttgart 1986, S. 306, vermutet, muß stark bezweifelt werden. Ernst Feder, *Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, herausgegeben von Cécile Lowenthal-Hensel/Arnold Pauker, Stuttgart 1971, S. 57, notierte am 17. 5. 1926 in sein Tagebuch, Stresemann habe Adenauer nicht gewollt, da er ihm eine „zu starke Persönlichkeit“ sei. Deshalb „wirkte Stresemann auf Scholz, daß der unbedingt Nein sage und auf Breitscheid durch einen Mittelsmann, daß Adenauer doch zu rechts stehe“. Zur Möglichkeit der Großen Koalition siehe Stresemanns Andeutungen in einer Rede vor der Landesversammlung der Mecklenburgischen DVP am 29. 5. 1926, PA NL Stresemann 95.

⁸⁵ Text des Aufrufs unter anderem in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. 7. 1926, Nr. 307; erneut abgedruckt in: *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, herausgegeben und bearbeitet von Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer*, Bd. 7, Berlin 1961, S. 340. Zum Preußischen Staatsrat siehe Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, Düsseldorf 1985, S. 152ff.

⁸⁶ Siehe dazu das Schreiben von Jarres an Stresemann vom 5. 7., in dem er die Gründe für seine Haltung darlegt (PA NL Stresemann 95). Stresemanns Antwort vom 30. 7. 1926, in der er das Vorgehen von Jarres scharf kritisiert und vor der Gefahr der Gründung einer „Deutsch-Liberalen Par-

politisches Credo, die DVP sei eine Partei der politischen Mitte, offen zu einer Zusammenarbeit nach links oder rechts, von einer beträchtlichen Minderheit in der Partei nicht geteilt wurde.

In den nächsten Monaten unterstützten die Sozialdemokraten das Minderheitskabinett Marx nicht nur auf außenpolitischem Sektor – hier besonders hinsichtlich des Berliner Vertrags mit der Sowjetunion und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund⁸⁷. Auch auf sozialpolitischem Sektor herrschte eine teilweise Übereinstimmung⁸⁸. Wie prekär die Lage der Regierung war, wurde jedoch am 8. November 1926 deutlich, als der Reichstag gegen die Stimmen der Regierungskoalition einen sozialdemokratischen Antrag annahm, der eine 30%ige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorsah⁸⁹. Zwei Tage später verhalfen Deutschnationale und Sozialdemokraten im Sozialpolitischen Ausschuß einem kommunistischen Antrag zur Annahme, der dem Kabinett – wie Reichskanzler Marx formulierte –, als „gänzlich unannehmbar“ erschien. Noch am 10. November beauftragte das Kabinett den Reichskanzler, einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu suchen und mit dem sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller zu einer „Verständigung über einen modus vivendi“ zu gelangen⁹⁰. Wie Marx seinen Kabinettskollegen am folgenden Tag berichtete, käme für die SPD zum jetzigen Zeitpunkt weder eine Koalition noch eine „Arbeitsgemeinschaft“ in Frage, wohl aber eine Fühlungnahme „von Fall zu Fall“, und diese sei auch vereinbart worden. Folge dieser Vereinbarung war nach Stresemanns Auffassung, „daß anstelle der Regierungspolitik eine Kompromißpolitik träte, die sich ein Stück nach links verschiebe“. Für die Sozialdemokraten sei es schwer, sich in der jetzigen Situation in eine „interfraktionelle Bindung“ zu begeben, da sie „von den Kommunisten stark bedrängt würden“; man sei weniger Zeuge einer Regie-

tei“ warnt, die eine „Linksentwicklung im Zentrum“ und die „Weimarer Koalition als künftige Herrscherin Deutschlands“ zur Folge habe, ist abgedruckt in: Bernhard, Vermächtnis, Bd. 2, S. 412–416 (hier: S. 413). Zum turbulenten Verlauf der Zentralvorstandssitzung vom 1. Oktober 1926 siehe Kolb/Richter (Bearb.), Nationalliberalismus, Dok. Nr. 64.

⁸⁷ Zum deutsch-sowjetischen Vertrag, der am 24. 4. 1926 in Berlin unterzeichnet wurde, siehe detailliert Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971, S. 132 ff.; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1993, S. 315 ff.; zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am 10. 9. 1926 siehe Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926, Göttingen u. a. 1933, S. 125 ff.; siehe auch Ulrich Hochschild, Sozialdemokratie und Völkerbund. Die Haltung der SPD und der S.F.I.O. zum Völkerbund von dessen Gründung bis zum deutschen Beitritt 1919–1926, Karlsruhe 1982, S. 214 ff.

⁸⁸ So unterstützte die SPD im Juni 1926 die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz, die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und das von Reichsarbeitsminister Brauns (Zentrum) vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm, siehe dazu Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 285 f.; 328 f.; 380 ff.; Dieter Herz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünnings, Frankfurt a. M. 1982, S. 65 ff.

⁸⁹ Der Antrag wurde mit 205 (KPD, SPD, DNVP, Völkische Arbeitsgemeinschaft) gegen 141 Stimmen angenommen, siehe VRT, Bd. 391, S. 7.950 ff. Reichsarbeitsminister Brauns fand jedoch den Ausweg, die Anhebung der Unterstützungssätze in der vom Kabinett beschlossenen Höhe (15%) bereits am Tag nach der Abstimmung im Reichstag als Verwaltungsmaßnahme mit Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichsrats in Kraft zu setzen, siehe auch Preller, Sozialpolitik, S. 363 ff.

⁹⁰ AdR. Die Kabinette Marx III/IV, bearbeitet von Günter Abramowski, Boppard 1988, Dok. Nr. 113. Zum Kalkül der DNVP siehe die detaillierte Analyse bei Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei, S. 251 ff.

rungrskrise als vielmehr einer „Krisis des Parlamentarismus“. Aus diesem Grunde käme es gegenwärtig, wie Reichswirtschaftsminister Curtius treffend formulierte, weder zu einer „Ehe noch einer Liaison“, sondern es bliebe bei einer „Begegnung von Fall zu Fall“⁹¹. Ließ sich diese punktuelle Zusammenarbeit bei dem am 13. November 1926 mit den Stimmen der SPD beschlossenen Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge noch verwirklichen, so stellte die Arbeitszeitfrage ein wesentlich schwieriger zu überwindendes Hindernis dar. Reichsarbeitsminister Brauns drängte darauf, den von ihm Ende Oktober vorgelegten Entwurf möglichst schnell zu verabschieden, um einem „sozialdemokratischen Notgesetz“⁹² zuvorzukommen, während Reichswirtschaftsminister Curtius versuchte, die Vorlage mit allen Mitteln zu verzögern. Obwohl es dem Kabinett am 26. November gelang, einen Entwurf zu verabschieden, behielt sich die Volkspartei ihre Entschlußfreiheit ausdrücklich vor⁹³. Treibende Kraft in dem volksparteiichen Kesseltreiben gegen die Große Koalition war der Fraktionsvorsitzende Scholz, der sich vollständig bewußt war über den engen Zusammenhang zwischen einer für die Sozialdemokraten annehmbaren Arbeitszeitregelung und dem Problem der Großen Koalition: Anfang Dezember 1926 konnte die Große Koalition nicht anders als auf der Grundlage eines Kompromisses über die Arbeitszeit entstehen⁹⁴. Während beide Seiten in dieser Frage noch auf der Grundlage des Regierungsentwurfs verhandelten⁹⁵, spitzte sich die Lage dramatisch zu. Am 3. Dezember 1926 nahm der Reichstag mit großer Mehrheit (250 gegen 158) Stimmen den Entwurf eines Gesetzes an, das die Jugend vor sogenannten Schund- und Schmutzschriften bewahren sollte und zu diesem Zweck die Einrichtung von Prüfstellen vorsah. Während die Sozialdemokratie und ein beträchtlicher Teil der Demokraten – deren Parteimitglied Külz als Reichsinnenminister die Federführung bei dem Gesetzesentwurf hatte – das Gesetz als unzulässige Einschränkung von Literatur und Kunst ablehnten, waren die Deutschnationalen mit dem Tenor des Gesetzes ganz einverstanden und verhalfen ihm zur Annahme⁹⁶.

⁹¹ Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 114.

⁹² So Brauns in einem Schreiben an sämtliche Reichsminister vom 22. 11. 1926, Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 123; siehe dazu auch Sabine Bischoff, Arbeitszeitrecht in der Weimarer Republik, Berlin 1987, S. 167 ff.

⁹³ Siehe Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 127.

⁹⁴ So führte er in der Fraktionssitzung vom 1. 12. 1926 aus, es sei „das Bestreben des Kanzlers, in dieser Sache [dem Arbeitszeitnotgesetz] den Sozialdemokraten entgegenzukommen und die Große Koalition anzustreben“. Scholz hielt es „für geboten, den Koalitionsparteien zu sagen, daß man bereit sei, [...] ein Notgesetz anzunehmen, aber keinen Schritt weiterzugehen“. Wie tief der Riß war, der durch die DVP-Fraktion ging, zeigt anschaulich das Abstimmungsergebnis über die Frage, ob überhaupt ein Notgesetz über die Arbeitszeit erlassen werde sollte: In vertraulicher Abstimmung bejahten diese Frage 21 Abgeordnete, während sie von 16 Abgeordneten verneint wurde, BAK R 45 II/67, p. 25f.

⁹⁵ Siehe dazu und zu der Haltung der Gewerkschaften Winkler, Der Schein der Normalität, S. 296 f.

⁹⁶ Zur Debatte und Abstimmung im Reichstag siehe VRT, Bd. 391, S. 8.359 ff.; zu den erheblichen Auseinandersetzungen in der DDP über das Gesetz, die schließlich zum Austritt des Mitbegründers der Partei, Theodor Wolff, führten, siehe Albertin/Wegner (Bearb.), Linkliberalismus, S. 403 ff.; Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933, Göttingen 1973, S. 326 ff. Die DVP-Fraktion begrüßte generell das Gesetz, sprach sich aber für eine Zusammensetzung der Prüfungsstellen „im liberalen Sinn“ aus. Vor der dritten Lesung stellte Scholz heraus, „daß bei der dritten Lesung kein Fraktionszwang geübt wird, daß aber die Mitglieder gebeten werden, ihre Stimmen möglichst vollzählig für das Gesetz abzugeben“ (was auch geschah), BAK R 45 II/67, p. 27.

Unter dem Eindruck des Abstimmungsverhaltens der beiden Flügelparteien SPD und DNVP, noch bevor die Sozialdemokraten Zeit gehabt hatten, ihre Gegenvorschläge in der Frage der Arbeitszeit auch nur zu formulieren und während Stresemann sich auf einer Sitzung des Völkerbundes in Genf aufhielt, hielt Scholz vor Vertrauensleuten der DVP im ostpreussischen Insterburg am 5. Dezember 1926 eine Rede, die von den Sozialdemokraten nur als gezielte und bewußte Kündigung der bisherigen Zusammenarbeit aufgefaßt werden konnte. Die innere Übereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und den bürgerlichen Parteien der Mitte, so führte er aus, sei „natürlich größer“, infolgedessen ein „Arbeiten mit der Sozialdemokratie in der eminent wichtigen und entscheidenden Frage des Arbeitszeitgesetzes und ferner in der Stellung dieser zur Reichswehr unmöglich“. Ihr Ideal sehe seine Volkspartei in dem „Zusammenarbeiten aller bürgerlichen Parteien und Kräfte“, eine Große Koalition dagegen bliebe „ein ephemeres Gebilde auf Monate oder Wochen“⁹⁷. Die Rede verursachte beträchtliches öffentliches Aufsehen, da sie als innenpolitisches Grundsatzprogramm der Volkspartei aufgefaßt wurde. Auch die Sozialdemokratie reagierte sofort auf die „offene Kriegserklärung“ und bezeichnete die Vereinbarung mit den Regierungsparteien als „nicht mehr bestehend“. In einer Verlautbarung vom 9. Dezember stellte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dann ein unverhülltes Ultimatum und forderte eine definitive Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der Reichsregierung bis zum 16. Dezember, der dritten Lesung des Nachtragshaushalts⁹⁸. Das Vorgehen von Scholz verärgerte Stresemann sehr. In einem für den Reichskanzler und den Reichspräsidenten bestimmten Telegramm aus Genf zeigte er sich sehr besorgt darüber, eine Regierungskrise werde die Position Deutschlands bei den ohnehin schwierigen Verhandlungen mit England und Frankreich über den Abzug der Interalliierten Militärkontrollkommission erheblich schwächen⁹⁹. Angesichts der Tatsache, daß – wie ihm sein Privatsekretär Bernhard mitteilte – „in der Haltung der deutschnationalen Fraktion zu den außenpolitischen Fragen eine wesentliche Änderung nicht eingetreten sei“, sah er jedoch keine andere Alternative, als das Ultimatum der SPD anzunehmen¹⁰⁰. Beträchtlich erschwert

⁹⁷ Text der Rede: Nationalliberale Correspondenz, 7. 12. 1926, Nr. 201; DGK 1926, Bd. 2, S. 225f. Ähnlich äußerte sich Scholz auch in einer Rede am 6. 12. 1926 in Königsberg, siehe Königsberger Allgemeine Zeitung vom 6. 12. 1926, Historisches Archiv der Stadt Köln, NL Marx 71. Zu den partei-internen Reaktionen auf den „Insterburger“ (in Ostpreußen gängige kavalleristische Bezeichnung für einen Ruck an der Kandare) von Scholz siehe Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 45.

⁹⁸ Vorwärts vom 7. 12. 1926, Nr. 575. Egelhaafs Historisch-Politische Jahresübersicht, Stuttgart 1926, S. 178. Nach ausführlicher Aussprache billigte die DVP-Reichstagsfraktion am 9. 12. 1926 einstimmig die Haltung ihres Vorsitzenden, siehe BAK R 45 II/67, p. 27.

⁹⁹ In dem Telegramm vom 8. 12. 1926 hieß es unter anderem: „Heute hier eingetroffene Pressetelegramme, wonach Regierung infolge Differenzen zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei gefährdet sei, erschweren hiesige Verhandlungen. Ich bitte, auf Führer der Sozialdemokratie einzuwirken, daß sie Austragung dieser Gegensätze mindestens bis nächste Woche verschieben, da den Außenministern anderer Staaten nicht zugemutet werden kann, mit Deutschem Außenminister Abkommen zu treffen, falls er als Außenminister eines etwa in dieser Woche fallenden Kabinetts hier erscheinen müßte“, PA NL Stresemann 47, auch abgedruckt in: ADAP, Serie B, Bd. I/2, Dok. Nr. 240.

¹⁰⁰ Telegramm Bernhards an Stresemann vom 10. 12. 1926, abgedruckt in Bernhard, Vermächtnis, Bd. 3, S. 90f. sowie die (vermutlich von Anfang Januar 1927 stammende) vertrauliche Aufzeichnung Stresemanns über den Verlauf der Regierungskrise, PA NL Stresemann 47.

wurde die verfahrene Lage noch durch einen aufsehenerregenden Artikel des „Vorwärts“, in dem unter Bezugnahme auf eine Meldung des „Manchester Guardian“ über geheime Beziehungen von Reichswehr und Roter Armee berichtet wurde¹⁰¹.

Am 13. Dezember 1926 gab Reichskanzler Marx in einer Ministerbesprechung einen Überblick über die innenpolitische Lage und resümierte, es beständen drei Möglichkeiten: Die Regierung könne zurücktreten, sie könne versuchen, im Amt zu bleiben und auf eine Fortsetzung der „Stillen Koalition“ mit den Sozialdemokraten hoffen, oder es sollten formelle Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition aufgenommen werden. Angesichts der politischen Lage favorisierte Marx letztere Alternative, unterstützt durch Arbeitsminister Brauns, nach dessen Auffassung die entscheidenden sozialpolitischen Fragen „nur zusammen mit der Sozialdemokratie“ zu lösen sein würden. Curtius dagegen bestritt sogar das Vorhandensein einer „Stillen Koalition“ und präzierte die Auffassung seiner Fraktion, die „glaube, daß eine Koalition der Mitte mit wechselnden Mehrheiten fortbestehen müsse“¹⁰². Nach seiner Rückkehr aus Genf am 14. Dezember mußte Stresemann erkennen, daß der rechte Flügel der volksparteilichen Reichstagsfraktion die Große Koalition nach wie vor entschieden ablehnte¹⁰³. Aus außenpolitischen Gründen war er jedoch entschlossen, eine wehrpolitische Debatte im Reichstag zu diesem Zeitpunkt wenn irgend möglich zu vermeiden. Wenn die Sozialdemokratie auf die Debatte verzichtete, so schlug er den Parteiführern am folgenden Tag vor, dann sollte der Reichskanzler in der Regierungserklärung „die Bereitschaft zur Bildung der Großen Koalition zum Ausdruck“ bringen¹⁰⁴. Vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktionen erklärten sich alle Fraktionsvorsitzenden mit diesem Vorgehen einverstanden¹⁰⁵. Die Taktik der SPD, soweit sie eine definitive Entscheidung über die Neubildung der Regierung erzwingen wollte, hatte damit ihr Ziel erreicht: Man stand einen Schritt vor Koalitionsverhandlungen. Die Entscheidung fiel noch am selben Tag in einer Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung (Marx, Stresemann, Geßler) und der sozialdemokratischen Fraktionsführung. Nachdem Stresemann die Bedenken gegen eine außen- oder wehrpolitische Debatte vorgetragen hatte, schlug er vor, diese Fragen im Auswärtigen Ausschuß zu beraten. Hermann Müller überraschte die Vertreter der Reichsregierung jedoch mit der Feststellung, seine Partei sei nun doch nicht zu einer Verschiebung der Debatte bereit – dessenungeachtet brauche man „außen-

¹⁰¹ „Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze“, Vorwärts vom 5. 12. 1926, Nr. 573. Siehe dazu auch Winkler, Der Schein der Normalität, S. 298 ff.; Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933, München 1993, S. 215 ff.

¹⁰² Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 152. Curtius gab hier nahezu wörtlich einen Fraktionsbeschluß vom 9. 12. 1926 wieder, siehe BAK R 45 II/67, p. 27.

¹⁰³ In seiner Aufzeichnung über den Verlauf der Regierungskrise (siehe Anm. 100) bezeichnete es Stresemann als „sicher“, daß im Falle der Bildung einer Großen Koalition der Konflikt mit dem rechten Flügel wieder aufleben werde: „spätestens, wenn ein Regierungsprogramm entworfen wird“.

¹⁰⁴ Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 157.

¹⁰⁵ Die Reichstagsfraktion der DVP stellte in einer Sitzung am 15. 12. 1926 um 19 Uhr „ohne Abstimmung und ohne Aussprache“ fest, man sei zu Verhandlungen über die Große Koalition bereit, BAK R 45 II/67, p. 28. „Fraktion, wenn auch mißmutig, mit einigen Vorbehalten einverstanden“, notierte Stresemann in sein Tagebuch, Bernhard, Vermächtnis, Bd. 3, S. 91.

politische Bedenken nicht zu hegen¹⁰⁶. In einer sich anschließenden Sitzung beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zwar, Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition aufzunehmen; unabdingbare Voraussetzung sollte jedoch der Rücktritt der Regierung sein¹⁰⁷. Dieses Verlangen stieß im Kabinett zwar auf einhellige Ablehnung, wie die künftige Zusammensetzung der Regierung aber aussehen sollte, war am Vormittag des 16. Dezember vollkommen unklar. Eindeutig ablehnend verhielt sich Marx jedoch gegenüber der sofort von Scholz – hierin von Prälat Leicht, dem Fraktionsvorsitzenden der BVP unterstützt – vorgebrachten Forderung, in sofortige Verhandlungen mit den Deutschnationalen einzutreten.

In dieser äußerst gespannten Situation hielt Scheidemann am 16. Dezember seine aufsehenerregende Rede vor dem Plenum des Reichstags, in der er die geheime Rüstung der Reichswehr offenlegte und die engen Verbindungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden sowie zwischen Reichswehr und Roter Armee anprangerte. Noch während der Reichstagssitzung brachten die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung ein, der am folgenden Tag mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen wurde. Für den Antrag stimmten außer der SPD noch die KPD, die DNVP und die Völkische Arbeitsgemeinschaft¹⁰⁸. In den sechs Wochen, die bis zur Bildung der neuen Regierung des „Bürgerblocks“ unter Wilhelm Marx vergingen, wurde eine Beteiligung der Sozialdemokratie von keiner Seite auch nur erwogen. Wie Hermann Pünder, der Staatssekretär in der Reichskanzlei, feststellte, sei „für die nächste politische Zukunft die Schaffung einer Großen Koalition nicht mehr möglich“, diese Auffassung habe sich sogar in Kreisen durchgesetzt, „die dem Gedanken der Großen Koalition besonders sympathisch gegenüber gestanden haben“¹⁰⁹.

Die im Januar 1927 gebildete bürgerliche Mehrheitsregierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen war kein unvermeidbarer Ausgang der Regierungskrise im Winter 1926. Anders als ein Jahr zuvor hatte die Große Koalition im Dezember 1926 eine wirkliche Chance, besonders weil sich Stresemann mit viel größerem Einsatz für ihr Zustandekommen bemühte als bei den vorangegangenen beiden Krisen, nicht zuletzt deshalb, weil er seine außenpolitische Konzeption allein mit Hilfe der Sozialdemokratie durchsetzen konnte. Zudem erwartete Stresemann von einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen auch auf dem Sektor der Innenpolitik wenig Positives¹¹⁰. Wie die ständigen Obstruktionen des

¹⁰⁶ Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 158.

¹⁰⁷ Vorwärts vom 16. 12. 1926, Nr. 591. Wie Reichskanzler Marx in der Ministerbesprechung vom 16. 12. 1926 erklärte, sei in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett nur mit Mühe zu vermeiden gewesen, Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 159; siehe auch Winkler, Der Schein der Normalität, S. 301.

¹⁰⁸ Siehe VRT, Bd. 391, S. 8576–8586 (Rede Scheidemanns), S. 8.654 ff. (Abstimmung). Scholz teilte in der Fraktionssitzung vom Nachmittag des 17. 12. 1926 mit, „welche Vorgänge zur Annahme des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags gegen die Regierung geführt haben (Zurückhaltung des Zentrums bezüglich des Bürgerblocks, infolgedessen Deutschnationale für Sturz des Kabinetts). Diese Haltung der Deutschnationalen gibt der DVP die Freiheit des Handelns zurück“. Nur wenige Stunden zuvor hatte die Fraktion – in Abwesenheit Stresemanns und vorbehaltlich dessen Zustimmung – beschlossen, „nunmehr mit den Deutschnationalen zu verhandeln“, BAK R 45 II/67, p. 30f.

¹⁰⁹ Abramowski (Bearb.), Kabinett Marx III/IV, Dok. Nr. 164.

¹¹⁰ Siehe dazu sein Schreiben an Marx vom 17. 1. 1927, in dem er die Prämissen für eine Regierungs-

Fraktionsvorsitzenden Scholz zeigten, hatte die starke Strömung innerhalb der Volkspartei, die eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie für ausgeschlossen erklärte, jedoch nicht an Gewicht und Einfluß verloren. Im Gegenteil: Um den Fraktionsvorsitzenden, der über exzellente Verbindungen zum Reichspräsidenten verfügte, sammelten sich nun immer mehr all jene Kräfte, die Stresemanns Politik grundsätzlich ablehnten. So verhinderte der plötzliche und unerwartete Ablauf der Ereignisse nur den Ausbruch des drohenden Konflikts innerhalb der Volkspartei; ohne die „drohende“ Große Koalition ließen die Spannungen innerhalb der Fraktion sofort nach. Für den Parteiführer Stresemann hieß dies aber auch: Die unvermeidliche Kraftprobe mit dem rechten Flügel war nur auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Betrachtet man das Agieren der sozialdemokratischen Führungsgremien im Winter 1926, so wird deutlich, daß sich in der Beurteilung der Koalitionspolitik erstmals ein tiefer Graben aufgetan hatte zwischen Parteiführung und Reichstagsfraktion. Die überwiegende Anzahl von Abgeordneten hielt im Winter 1926 den Zeitpunkt für einen Regierungseintritt für verfrüht und knüpfte ihn daher an Bedingungen, die eine Einigung mit den bürgerlichen Parteien ausschlossen, während sich die Parteiführung in ihrer großen Mehrheit für eine Regierungsbeteiligung aussprach. Zwar darf das Gewicht des Reichswehrproblems nicht unterschätzt werden, der tiefere Grund für die Ablehnung der Großen Koalition durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Winter 1926 ist gleichwohl im sozialpolitischen Bereich zu suchen. Obwohl das taktisch außerordentlich ungeschickte Verhalten der Partei in den ersten Dezemberwochen nicht zuletzt auf den Glauben zurückzuführen ist, im sozialpolitischen Grabenkampf gegen die Volkspartei endlich einen entscheidenden Durchbruch erzielt zu haben, überwogen in der sozialdemokratischen Fraktion letztlich doch die skeptischen Stimmen, die eine Verständigung mit der Volkspartei im sozialpolitischen Bereich für unmöglich hielten¹¹¹. Demgegenüber traten staatspolitische Erwägungen zurück, mit der direkten Folge, daß der Reichspräsident und seine zivilen und militärischen Ratgeber das von den Sozialdemokraten geräumte Feld beherrschten. Noch nicht einmal kämpfen mußte die Kamarilla um Hindenburg um dieses Terrain – war es ihr von der Sozialdemokratie doch ohne Widerstand überlassen worden. Für den Reichspräsidenten eröffnete das Verhalten der SPD die langersehnte Gelegenheit, sowohl die Große Koalition als auch die Koalition der Mitte auszuschalten und die Deutschnationalen ans Ruder zu bringen¹¹². Im vierten Kabinett Marx war der deutschnationale Einfluß größer als jemals zuvor.

beteiligung der DNVP umreißt, Bernhard, Vermächtnis, Bd. 3, S. 94 ff. Nur einige Tage früher beklagte er sich gegenüber dem Generalsekretär der Bremischen DVP, Hintzmann, über die „nicht mehr zu übertreffende politische Beschränktheit der Partei“, ebd., S. 93.

¹¹¹ Stresemann formulierte dazu rückblickend: „Das Schlimme für das Zusammenführen der Flügelparteien [der Großen Koalition] in diesem Moment war die Belastung, die in dem Problem des Arbeitszeitgesetzes lag“, Deutsche Stimmen 20. 2. 1927.

¹¹² Zu den Erwägungen Meißners und v. Schleichers zur Installierung eines Präsidialkabinettes im Winter 1926 siehe die scharfen Ausführungen Meißners in der Ministerbesprechung vom 16. 12. 1926, Abramowski (Bearb.), Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 159 sowie Stürmer, Koalition und Opposition, S. 179 ff.

III.

Wie bereits dieser Problemaufriß ergibt, ist für die Frage, warum sich in Weimar-Deutschland nur allzu selten eine breite politische Regierungsbasis in Form der Großen Koalition bilden ließ, eine monokausale Erklärung nicht statthaft: Zu verschieden waren die jeweiligen innen- und außenpolitischen Ausgangslagen, zu verschieden die augenblicklichen (und nicht nur parteitaktischen) Interessenlagen, zu verschieden schließlich auch die Führungs- und Entscheidungsmechanismen der beiden Flügelparteien Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei. Reflektieren die gescheiterten Anläufe zur Bildung einer Großen Koalition zwischen dem Sommer 1920 und dem Winter 1922 eine Strukturkrise des Parlamentarismus, markieren sie gar Scheitelpunkte des Versagens eines politischen Systems, das in Deutschland erst seit der Revolution bestand? Um diese Fragen zu beantworten, müssen die einleitenden Überlegungen noch etwas differenziert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bildete – abgesehen von einem kurzen Zeitraum nach dem schweren Rückschlag der Maiwahlen 1924 – bis zum Juli 1932 die größte geschlossene Gruppe des Reichstags. Gleichzeitig stellte sie aber auch die führende Kraft und Hauptstütze des republikanischen Lagers dar, vom bürgerlichen Lager jedoch getrennt durch ihre sozialistische Tradition, die das wechselseitige Verhältnis ebenso belastete wie die aus dem Kaiserreich nachwirkenden antibürgerlichen Gefühlsmomente. Indessen entspricht die Rolle, die die Partei tatsächlich in der Weimarer Republik spielte, weder ihrer enormen Organisationsdichte noch der Tatsache, daß sie seit der Revolution von 1918 im Grunde vor der „Aufgabe stand, zur bestimmenden, linksdemokratischen Staats- und Volkspartei“¹¹³ zu werden. Wie die zahlreichen Anläufe zur Bildung einer Großen Koalition aber auch anschaulich zeigen, blieb für die Weimarer Sozialdemokratie die alles entscheidende Frage ihres Verhältnisses zum Staat ausschlaggebend, der – wie Philipp Scheidemann auf dem Berliner Parteitag 1924 formulierte – „trotz aller Mängel doch unsere Schöpfung ist“¹¹⁴, und in ihrem Gefolge das Koalitionsproblem wenn nicht ungelöst, so doch wenig zielklar und verbindlich. Die Koalitionspolitik wurde zudem zum Objekt momentaner Gewichtsverlagerungen innerhalb der Parteiführung. Auch diese – bislang wenig beachtete Tatsache – trug erheblich dazu bei, daß das Staatsbewußtsein der Partei im politischen Bereich nicht genügend definiert war und keine Konturen gewinnen konnte. Es blieb gleichsam abstrakt – mit der direkten Folge, daß sich die Partei in den entscheidenden Bereichen der Gesetzgebung schon bald in eine Dauerdefensive gedrängt sah. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien beobachtete ein wesentlicher Teil von Parteiführung und Reichstagsfraktion mit ganz eigenümlicher Starrheit, ja Passivität das Schauspiel, wie die Parteien der bürgerlichen Mitte die Koalitionspolitik unter sich abmachten.

Sigmund Neumann hat in seiner bestechenden Studie über die deutschen Parteien auf die Verknüpfung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit dem

¹¹³ Werner Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 3–28 (hier: S. 19).

¹¹⁴ Zit. nach: Vorwärts vom 13. 6. 1924, Nr. 274.

inneren Dilemma hingewiesen, das seine Wurzeln in der „fundamentalen Unentschiedenheit“ zwischen Denkkategorien des Klassenkampfes auf der einen, dem Integrationsprinzip des Parlamentarismus auf der anderen Seite hatte: „Prinzipiell wird die Koalition zwar kaum abgelehnt. Aber während sie auf der linken vornehmlich als taktische Maßnahme der Machtdurchsetzung gesehen wird, so daß man selbstverständlich das Zurücktreten in die Opposition von der bloßen taktischen Situation abhängig macht, wird sie auf der rechten, auch wenn es nicht explizit erklärt wird, weit mehr Ausdruck einer zur Homogenität strebenden Demokratie“¹¹⁵. Das praktische Ergebnis dieser zwiespältigen, gebrochenen Programmatik bildet jene defensive Haltung gegenüber den bürgerlichen Minderheitskabinetten, die die Sozialdemokratie in einer undefinierbaren Mittelstellung zwischen abstützender Koalitions- und bewegungsunfähiger Oppositionspartei zu einem rein reaktiven Verhalten zwang. Dabei stellte diese Taktik eine Aushilfe dar, der auf Dauer alle Nachteile einer halben Lösung anhafteten. Überdeutlich wird dies in der immer wieder laut werdenden Kritik der preußischen Pragmatiker der Macht, Otto Braun und Carl Severing, an dem schwankenden Kurs der Reichstagsfraktion, aber auch an dem Lavieren der Parteiführung: Bewies man prinzipielle Koalitionsbereitschaft, trieb man einen Teil der Anhänger zur KPD, zeigte man sich als klassenkämpferische Oppositionspartei, verprellte man die bürgerlichen Koalitionspartner und überließ die Staatsmacht den Kräften, die weit rechts der Partei standen. Ohne dieses Dilemmas Herr zu werden, manövrierte sich die Partei so gegenüber den Regierungen der Mitte in eine Lage, in der die politische Verantwortung zu dem tatsächlichen, im wesentlichen doch nur negativen Anteil an der Macht in keinem annehmbaren Verhältnis mehr stand. Jene Partei, die sich zu Recht als die Hauptstütze der demokratischen Republik empfand, verkannte in der Koalitionspolitik allzu oft, welche praktischen Pflichten ihr dieser Anspruch auferlegte.

Demgegenüber blieb die Deutsche Volkspartei wesentlich beweglicher in ihrer Koalitionspolitik. Ohne Frage ist diese hohe Koalitionsbereitschaft (mit Sozialdemokraten *oder* Deutschnationalen) ein notwendiges Ergebnis ihres mangelnden Integrationsvermögens, andererseits vermochte sich die Partei durch diese Elastizität aber auch zum ständigen Mittler in der Koalitionsfrage zu machen – mit übrigens beachtlichem Erfolg, denn seit Juni 1920 kam dem Votum der Volkspartei bei der Regierungsbildung entscheidendes Gewicht zu. Teile der Partei und ein starker rechter Flügel der Reichstagsfraktion folgten jedoch dem von Stresemann für richtig gehaltenen Kurs je länger desto unwilliger. Wie eingangs bereits angedeutet, ging es im Konflikt Stresemanns mit seinen innerparteilichen Kontrahenten im Kern um das schlechthin zentrale strukturelle Problem der Weimarer Republik – um die Koalitionsfrage. Immer wenn Stresemann eine Große Koalition als die gebotene und sachlich angemessene Lösung der Regierungsbildung anstrebte, rebellierte der rechte Flügel der Reichstagsfraktion. Für die Entwicklung der Volkspartei wurde es nun entscheidend, daß der Graben, der Stresemann und seine Anhänger im grundsätzlichen Politikverständnis von den Exponenten des rechten Parteiflügels trennte, im Laufe der Zeit immer tiefer wurde. Erklärbar

¹¹⁵ Neumann, Die deutschen Parteien, S. 33 f.

werden diese während der Lebzeiten Stresemanns nicht enden wollenden Kämpfe um die Große Koalition – und das hieß auch: um den grundsätzlichen politischen Kurs der Partei – allein durch die Umstände bei der Gründung der Partei. In den November- und Dezemberwochen 1918 fanden Personen und Gruppen Anschluß an die Partei, die ihre rechtskonservative politische Orientierung niemals aufgaben und nicht gewillt waren, seine Vision, „für das Neue zu leben“¹¹⁶ (geschweige denn seine Theorie politischen Handelns) loyal mitzutragen. Im Gegenteil: Sie setzten alles daran, die von Stresemann unermüdlich eingeforderte Notwendigkeit des Ausgleichs und der Verständigung von Koalition und Opposition im parlamentarischen System zu hintertreiben. Zurückprojiziert auf die Eingangüberlegungen bedeutet dies aber auch: Das Gesetz des Handelns entglitt in zunehmendem Maße sowohl Sozialdemokratie als auch Deutscher Volkspartei, da sie sich als unfähig erwiesen, die parlamentarischen Grundprinzipien anders als taktisch zu verwirklichen. In der spezifisch deutschen Situation nach 1918 wurden Minderheitsregierungen eben nicht nur als ein Schwächezeichen der parlamentarischen Demokratie empfunden, sie *waren* es. Unter diesem Blickwinkel ist die Geschichte der gescheiterten Großen Koalitionen in der Weimarer Republik letztlich eine Geschichte der Niederlagen und Fehlschläge. Oder anders gewendet: Parteipolitische Macht innerhalb des Staates kann es ohne den Willen zur Verantwortung für den Staat nicht geben.

¹¹⁶ Rede auf dem Parteitag in Köln am 2. 10. 1926, Bernhard, Vermächtnis, Bd. 3, S. 81.